

garn und stellte sich damit automatisch den Emigrationsbestrebungen der slawischen Völker entgegen, die die Mehrzahl der Bewohner der Donaumonarchie ausmachen.

Heute, da diese Völker ententisch orientiert sind und ihre Politik gehabt hat, kann die deutsche Politik nicht in hohem Sprung ein freundschaftliches und intimes Verhältnis suchen. Aber die Leidenschaft dieses Krieges wird abflauen, die unverrückbaren großen gemeinsamen Interessen der Deutschen und Westslawen, die sich unter deutschem Einfluß so erstaunlich schnell zu voller Selbständigkeit entwickelt haben, werden wieder offenbar werden und durch die überzeugende Kraft ihrer Loyalität ein besseres, vertrauensvolleres Verhältnis begründen.

Nun noch ein Wort den Deutschösterreichern! Auf diesen Blättern ist stets der Gedanke vertreten worden, daß die Deutschösterreicher nicht ihre nationale Aufgabe für das Gesamtdeutschtum erfüllen, wenn sie ein Damm gegen die Slawen sind, sondern nur, wenn sie die Brücke des Verständnisses und der Freundschaft zu ihnen bilden. Heute aber sind sie in Gefahr, von dem entsetzten slawischen Chauvinismus durch die Drohung mit dem Hunger ihres nationalen Selbstbestimmungsrechts beraubt zu werden. In dieser kritischen Stunde erwarten wir, daß ihnen in Deutschland keine irgend mögliche Hilfe verweigert wird, wenn sie um Unterstützung ersuchen.

Zurückziehung von Fronttruppen verlangt!

Die Tschechen und Südslawen haben in einer Anfrage im Abgeordnetenhaus die Verlegung der südslawischen, tschechoslawischen und polnischen Regimenter in ihre Heimat und die Abberufung der österreichisch-ungarischen Divisionen von der Westfront verlangt.

In dem ungarischen Abgeordnetenhaus hat Graf Karolyi dasselbe Verlangen gestellt und den sofortigen Abschluß eines Sonderfriedens gefordert. Der Ministerpräsident Dr. Wekerle erwiderte: Ungarn könne abgesehen von Deutschland keinen Frieden schließen, nicht bloß aus Gründen der Loyalität, sondern weil auch deutsche Soldaten an ungarischen Fronten helfen. (Zwischenruf: Wo kämpfen sie?) Der Ministerpräsident: An allen jenen gefährdeten Stellen, wo sie die Unversehrtheit unserer Grenzen zu schützen haben.) Die Regierung ist auch bereit, ungarische Regimenter nach Hause zu bringen, und hat bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen. Der Ministerpräsident erklärte, er sei bereit, bezüglich der Verlegung deutscher Truppen vertrauliche Aufstellungen einem zu wählenden Ausschuss zu geben. Vor der Zeit: Wünsche er sich jedoch nicht zu äußern. Was den Friedensschluß betrifft, so hat die Antwort Wilsons nur herausgerissene Fragen behandelt und nicht die eigentliche Waffenstillstandsfrage. Die Regierung kennt keine tschechoslawische kriegführende Partei, sie erkennt auch nicht die tschechoslawische Vereinigung an.

Gegen den tschechischen Imperialismus.

Wien, 23. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die nationale Zeitung Oesterreichs vollzieht sich automatisch. Im ganzen Staat treffen nicht nur die Tschechen, sondern auch die Deutschen die Vorbereitungen, um sich als Nation zu konstituieren. Große Schwierigkeiten entstehen dadurch, daß die Tschechen zwar das Selbstbestimmungsrecht für sich verlangen und auf dieser Grundlage auch die ungarische Slowakei für sich fordern, aber andererseits am Sonntag in Prag beschlossen haben, auf Grund des historischen Rechtes an der Intellektualität und Festigkeit in Böhmen zu verbleiben, also auch Deutsch-Böhmen ihrem Staat einzuverleiben. Diese imperialistische Anexion abzulehnen.

Heute fand eine Zusammenkunft der deutsch-böhmischen Reichstagsabgeordneten statt, auf der selbstverständlich auch unsere Gewissen auf Grund vielfacher Parleibeschlüsse, so noch des vorjährigen habsburgischen Arbeiterkongresses, jede Fremdherrschaft eines anderen Volkes ablehnen.

Die Sozialdemokraten vertreten in der Beratung den Standpunkt, daß Deutsch-Böhmen ein untrennbarer Bestandteil Oesterreichs sei. Sie anerkennen das Recht des tschechischen Volkes, innerhalb seiner nationalen Grenzen einen unabhängigen Staat zu bilden, verwahren sich aber entschieden gegen die Absicht, einen Teil oder gar ganz Deutsch-Böhmen dem tschechischen Staat einzuverleiben. Etwas anders müßte der deutsche Charakter Deutsch-Böhmens durch eine Kolonialabstimmung festgelegt werden, welche beweisen würde, daß weite Gebiete von einer überwiegend deutschen Bevölkerung bewohnt sind. Schließlich liefern diesen Beweis ja auch die Reichstagswahlen. Vergilte Vergamte können das lebendige Recht des deutschen Volkes nicht aufheben. Durch die Einverleibung Deutsch-Böhmens würde ein naturwidriger Staat entstehen, dessen Bestehen über kurz oder lang gesprengt würde. Der Friede Europas würde dauernd gefährdet sein. Darum verlangen sie die Bildung eines provisorischen Landtags Deutsch-Böhmens bis zur Wahl eines konstituierenden Landtags. Ebenso verlangen sie die Wahl eines provisorischen Landesauschusses, der die Verwaltung Deutsch-Böhmens übernehmen und mit dem tschechischen Volke über die Grenzen und den gegenseitigen Schutz der nationalen Minderheiten verhandeln soll.

Der Kampf der österreichischen Regierung um die parlamentarische Tribüne.

Politische Amnestie gefordert!
Wien, 23. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der gestrigen Obmannerversammlung wurde eine Zuschrift des Ministers des Inneren Grafen Burian beraten, der vorschlägt, nach dem Muster des deutschen Hauptauschusses einen Ausschuss des Abgeordnetenhauses zur Beratung der gegenwärtigen Politik zu belegen. Die Konferenz beschloß, den Vorschlag zuerst in den Fraktionen beraten zu lassen. Die allgemeine Anschauung der Obmänner war jedoch sehr zurückhaltend, da Graf Burian dieselbe Zuschrift auch an das Herrenhaus geschickt hat, dessen Einfluß man möglichst zurückdrängen möchte, besonders aber, da seine Nation, auch nicht die Deutsch-Bürgerlichen, Burian als ihren Minister des Inneren ansehen. Ueberhaupt ist seit der Nationalversammlung am Montag die bisherige Identifizierung der Deutsch-Bürgerlichen mit Staat und Regierung vorbei. Alle Wiener Blätter konstataren den großen Eindruck, den die Kundgebung am Montag gemacht hat, und heben auch besonders die Stelle in der sozialistischen Erklärung hervor, die die demokratische Republik verlangt.

Die Sozialdemokraten haben eine Interpellation wegen der Erlassung einer Amnestie für politische Verbrecher und Vergehen eingebracht. Sie verweisen darauf, daß nicht nur bei vorjähriger Amnestie viele vom Militärgerichte geschuldig Verurteilte, namentlich Soldaten und solche Angeklagte, deren Delikt aus Verbrechen gegen die Wehrmacht erklärt wurde, übergegangen worden seien, sondern daß auch seit dem Januarfest junge Leute wegen Verteilung von Flugblättern oder wegen Reden verhaftet wurden und Arbeiter wegen Streiks in Rüstungsbetrieben Kerkerstrafen abbüßten.

Die französische Presse zur deutschen Note.

Amsterdam, 23. Oktober. Der größte Teil der französischen Blätter betrachtet die deutsche Antwort als unbefriedigend und man zieht die Folgerung, daß ein Waffenstillstand nur angenommen werden könne, wenn er absolut dieselben Bürgschaften wie ein Sieg biete. Die „Humanité“ schreibt: Der gesunde Menschenverstand scheint zu fordern, nicht mehr weiter von einem „faulen Frieden“ und von angeblichen „Manövern“ zu sprechen. Man kann feststellen, daß ein neuer Schritt einem gerechten Frieden entgegen getan worden ist. „Domme libre“ sagt: Möglicherweise wird das Gespräch fortgesetzt, das wissen wir nicht, wohl aber wissen wir, daß weitergekämpft wird. Weiterhin können wir aber auch bestätigen, daß wir den Kampf einstellen werden, wenn der Feind sich ohne weiteres ergibt.

Die englische Presse zur deutschen Note.

Amsterdam, 23. Oktober. Aus London wird gemeldet: „Westminster Gazette“ liest aus der Note, daß die heutige militärische Lage von den Alliierten als die Grenze ihres Sieges und die Grundlage ihrer Forderungen angesehen werden müsse. Wenn diese Ansicht richtig sei, dann müsse das Blatt erklären, daß die Note unannehmbar sei. „Roll Call Gazette“ sagt: In keinem einzigen Wort der Note ist anerkannt, daß Deutschland militärisch besiegt ist. Solange es dieses Wort in dem großen Buchstabenregister nicht buchstabieren gelernt hat, würde es falsch sein, noch länger weitere Beziehungen bestehen zu lassen.

Reuter hat verschiedene Personen nach ihrer Meinung über die deutsche Antwort befragt. Lord Lansdownes Erklärung teilten wir gestern bereits mit. Sie äußerte höchstes Vertrauen zu Wilson, der die Angelegenheit vorsichtig und zugleich mit Kraft behandelt habe, und fand den Abschnitt über den Waffenstillstand vorsichtig und dunkel; man müsse abwarten, ob dem scharfen Vorgehen zu Land und zur See ein Ende gemacht werde. Der Parlamentssekretär des Munitionsdienstes Kellaway führte aus: Die Note sagt, Räumung und Waffenstillstand müßten das beiderseitige Kräfteverhältnis im Felde zur Grundlage haben. Schließt dieser Satz das gegenseitige Kräfteverhältnis zur See und das Kräfteverhältnis der Munitionsfabriken bei der Herstellung von Geschützen, Granaten und Flugzeugen mit ein? Wenn nicht, weshalb sollten sie ausgeschlossen werden? Unsere politischen Führer Lloyd George, Clemenceau und Wilson und unsere militärischen Führer Foch, Haig und Pershing können sagen, ob die Note bedeutet, daß Deutschland endlich bereit ist, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen und die unvermeidlichen Folgerungen zu ziehen. Für uns übrigen ist unsere Pflicht klar, sie besteht darin, weiter Munition herzustellen oder zu kämpfen, als wenn wir am Beginn des Krieges stünden und uns nicht vielmehr dem unvermeidlichen Ende näherten. Ein Mittel, baldigen Frieden herbeizuführen, ist für einen langen Krieg bereit zu sein. Das journalistische Oberhaupt der Kriegstreiber, Lord Northcliffe, meint natürlich, Wilson werde wahrscheinlich die deutsche Regierung zwingen, sofort zu zeigen, ob sie in eine bedingungslose Uebergabe einwillige, die allein den Forderungen der militärischen und Marinebehörden der Alliierten genügen könne, oder ob sie allein Zeit zu gewinnen versuche in der Hoffnung auf eine günstige Aenderung der jetzigen militärischen und politischen Lage.

Die Auswahl von Blätterstimmen, die Reuter gestern aus London meldete, entspricht diesen Neuherungen. Neben notorischen Jungblättern kommt nur die liberale „Daily News“ zum Wort. Dieses Blatt fragt, ob die Deutschen nur Zeit zu gewinnen trachten. Die von den Militär- und Marinebehörden der Alliierten geforderten Garantien würden eine praktische Probe auf die Aufrichtigkeit Deutschlands und auf die gegenwärtige Macht seiner militärischen Herrscher bilden. Es ist die Pflicht der Alliierten, auf jeden möglichen Fall vorbereitet zu sein.

Urteilen der englischen Arbeiterpresse pflegt Reuter aus dem Wege zu gehen. Auch in diesem Falle bleibt er seiner Gewohnheit treu.

Die Todesurteile gegen finnische Abgeordnete.

Schwedische Amnestieaktion.
Helsingfors, 22. Oktober. Einer Meldung aus Stockholm zufolge hat Branding der finnischen Gesandtschaft ein in höflicher Form gehaltenes Gnadengesuch, das von 118 schwedischen Reichstagsabgeordneten unterzeichnet ist, wegen der Todesurteile gegen finnische Abgeordnete überreicht. Von den Unterzeichnern gehören 84 der liberalen 4 den linkssozialistischen und der Rest der rechtssozialistischen Partei an. Der finnische Gesandte hat das Gesuch sofort telegraphisch an die hiesige Regierung weitergegeben. Wie bekannt, handelt es sich um Todesurteile gegen sozialistische finnische Abgeordnete.

Erklärung der neuen türkischen Regierung.

Für Wilsons Grundsätze.
Der neue Großwesir Niget Pascha hielt in der Kammer eine Rede, in der er die Grundsätze Wilsons annahm, eine Amnestie ankündigte und das lebhafteste Friedensbedürfnis der Türkei kundgab. Den arabischen Vilajets wurde Selbstverwaltung unter Aufrechterhaltung des Bundes mit dem Kalifat und dem Sultan zugesagt. Die sonst übliche Versicherung der Treue zu den Verbündeten fehlt.
Die Kammer sprach bei 10 Stimmenthaltungen der neuen Regierung ihr Vertrauen aus.

Abgeordnetenhaus.

Wohnungsfragen — Ernährung der Gefängnisinsassen.
Der Plan des Kellertenausschusses, die Tagesordnung der Sitzung vom Mittwoch möglichst schnell zu erledigen und die Anträge zur Wohnungsfrage, die Feuerungsanträge und den Entwurf eines Jugendfürsorgegesetzes debattelos Ausschüssen zu überweisen, konnte infolge des Widerspruchs der Unabhängigen Sozialdemokraten nicht ausgeführt werden. Man kann darüber, ob es angeht der jetzigen Lage Deutschlands und Preußens angebracht ist, lange Reden zu halten oder ob es nicht richtiger ist, die Zeit zu praktischer Arbeit zu benutzen, geteilter Meinung sein; aber auch diejenigen, die mit den Unabhängigen von einer debattelosen Ueberweisung an Ausschüsse nichts wissen wollen, haben mit den „Gründen“, die Herr Adolf Hoffmann für seine Taktik ins Feld führte, nichts gemein. Es ist ja überhaupt interessant, zu beobachten, mit welchem Eifer sich der Wortführer der Unabhängigen dafür ins Zeug legt, daß ausgerechnet das preußische Dreiklassenparlament ständig versammelt bleibt. Weite Kreise des Volkes denken darüber anders, sie wünschen, daß dies Parlament bis

nach Erledigung der Verfassungsreform aufgelöst und daß es dann sofort nach Hause geschickt wird. Das wäre der erste Schritt zu der so notwendigen Beseitigung des preussischen Einflusses.

Die Verhandlungen über die Wohnungsanträge selbst boten nichts Neues. Die Laizache der Wohnungsnot konnte von keiner Seite bestritten werden, über die Maßnahmen zur Abhilfe geben die Ansichten auseinander. Es ist zu wünschen, daß in der Kommission eine Klärung erfolgt, und daß die Beschlüsse sofort in die Praxis umgesetzt werden.

Von den Unabhängigen wurde auch diese Debatte benutzt, um alle möglichen Gegenstände, die mit der Wohnungsfrage nicht das mindeste zu tun haben, zu erörtern, alle Versuche des Präsidenten, den Abg. Paul Hoffmann zur Sache zurückzuführen, scheiterten an dessen Unvermögen, sich von dem eingelernten Konzent loszumachen. Dagegen wies Genosse Hue in sachlichen Ausführungen auf eine Reihe von Mißgriffen und Materialvergeudungen hin, die die schnelle Herstellung von Wohnungen verhindern und gefährden.

Die Anträge betr. Gewährung weiterer Feuerungszulagen an Beamte gingen an die verstärkte Staatshaushaltskommission, der Entwurf eines Jugendamtsgesetzes wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Der Termin der nächsten Sitzung ist unbestimmt. Bei der Debatte um den Zeitpunkt der nächsten Sitzung brachte der unabhängige Abg. Adolf Hoffmann die ungenügende Ernährung in den Gefängnissen zur Sprache und erwähnte den Fall eines der wegen Meuterei verurteilten Matrosen, der an Hunger gestorben sein soll. Der Justizminister Spahn gab hierauf eine Darstellung des Falles und bezeichnete Lungenerkrankung, nicht mangelnde Ernährung als Todesursache. Als aber Hoffmann auf den Erlaß einer Gefängnisverwaltung hinwies, der den Gefangenen den Genuß von Leim und Sä gespänen verbietet, wußte der Minister hierauf nichts Stichtaliges zu antworten.

Die Unabhängigen für den Hausbesitzerkandidaten!

Verrat an den Arbeiterinteressen.
Vor die Wahl gestellt, ob sie in Berlin I den Sieg des großkapitalistischen Hausbesitzerkandidaten Kempner oder des Sozialdemokraten Hugo Heimann fördern sollten, haben sich die Unabhängigen für den ersteren entschieden. Denn wenn sie auch formal einen Beschluß auf Stimmenthaltung faßten, so bedeutet das doch praktisch die intensive Förderung des Sieges Kempners. Bei der Hauptwahl hatte Kempner 2294 Stimmen, Heimann 1720 Stimmen, der Unabhängige Müller 513 Stimmen erhalten. Diese Zahlen beweisen, daß eine Stimmenthaltung der Unabhängigen einzig und allein dem bürgerlichen Kapitalvertreter zugute kommt.

„Die Wohnungsfrage ist brennend“, so rief Adolf Hoffmann gestern im Abgeordnetenhaus und variierte dieses Thema in allen Tonarten. In Berlin I aber wollen die Unabhängigen einem Vertreter des Hausbesitzerkapitals in den Reichstag verhelfen, dessen Kandidatur das Hausagrariertum mit aller Macht durchgedrückt hat, damit er den Wohnungs- und bodenreformerischen Bestrebungen entgegen-träte! So verleitet blinder Parteihaf die Unabhängigen zur Preisgabe der wichtigsten sozialen Interessen der Arbeiterschaft. Wir hoffen und erwarten, daß die 500 unabhängigen Wähler in Berlin I die Selbstmordtatkritik ihrer Zeitung nicht mitmachen, sondern in ihrem eigenen Interesse am Wahltag für den sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Hugo Heimann, stimmen werden. Jedes andere Verhalten ist Verrat an den Arbeiterinteressen!

Sachte, Herr Haase!

Unabhängige Anpassung an die Kriegskonjunktur.
In seiner gestrigen Reichstagsrede hat sich der Abg. Haase wieder einmal mit großer Schärfe gegen die alte Partei gewendet und darlegen zu können geglaubt, daß die Unabhängigen im Gegensatz zur alten Partei von Anfang an die Lage viel richtiger beurteilt und viel konsequenter gehandelt hätten. Der Kern seiner Rede war der Satz: „Wir haben es immer gesagt“. Wir lassen die Antwort darauf der „Dremer Arbeiterpolitik“, dem Organ der links von den Unabhängigen stehenden Kommunisten, die in ihrer gleichzeitig erscheinenden Nummer das folgende ausführt:

In den Wählerverhandlungen zu Berlin schwingt Herr Haase Reden, eine immer schärfer als die andere. Da sollen die Massen glauben: das ist der Mann, auf den man sich verlassen kann. . . Sie haben ganz und gar vergessen, daß so weit die Verantwortung für den Niederbruch der sozialistischen Sache überhaupt einzelnen Personen zufällt, sie mit voller Wucht auf den Schultern derjenigen lastet, die heute die Führer der Unabhängigen sind.

Zunächst haben am 4. August 1914 sämtliche, aber auch sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten die 5000 Millionen Mark Kriegskredite bewilligt. Darunter waren auch alle, die heute an der Spitze der Unabhängigen stehen. Es ist also einfach nicht wahr, wenn Herr Richard Müller behauptet, die heute mit ihm in der unabhängigen Partei vereinigten Genossen seien dem Kriegsaumel nicht gefolgt, sondern hätten mit Entsetzen zugehört. Unter den Bewilligern waren, um nur einige zu nennen: Gen. Haase, Henke, Herzfeld, Ledebour, Voglberg, Dittmann, Liebnecht, Hübsch. Eine einzige Ausnahme machte der Genosse Kauer. Aber auch er hat nicht gegen die Kredite gestimmt, sondern sich durch Verlassen des Saales der Abstimmung entzogen.

Die „Arbeiterpolitik“ zählt dann auf, wie die verschiedenen Unabhängigen zweimal, dreimal und viermal Kriegskredite bewilligt haben, wie Ledebour dosiert hat, Kriegskredite hätten nichts mit dem Prinzip zu tun und Dittmann und Zubeil ein Jahr lang im Lande unherstreifen und wahre Kriegervereinsreden hielten usw.

Zu Grunde machen es die Unabhängigen genau so wie Herr Georg Bernhard von der „Voll. Ztg.“: sie passen sich der jeweiligen Kriegskonjunktur an. Wendet sich die Kriegskonjunktur, dann ändert sich die Partei, welche die Führer der Unabhängigen auf dem politischen Markt anbieten. Aber das hindert sie nicht, ebenso wie Herr Bernhard zu versichern, daß sie „schon immer“ alles gesagt hätten.

Wir haben der Abfertigung durch die Dremer „Arbeiterpolitik“ unsererseits nichts hinzuzufügen.

Das Lazarett im Landtagsgebäude! Die „Straßburger Post“ meldet: Die Regierung hat beschlossen, beide Kammern des elsass-lothringischen Landtages baldmöglichst einzuberufen. Der Termin der Einberufung hängt von dem Zeitpunkt der Räumung des zurzeit als Lazarett benutzten Landtagsgebäudes ab, was voraussichtlich innerhalb der nächsten vierzehn Tage geschehen wird.

Parteinachrichten.

Die zahlreichen Friedensfundgebungen,

die jetzt in allen Teilen des Reiches stattfinden, erweisen sich als ein getreues Spiegelbild der allgemein herrschenden Volkstimmung. Sie zeigen zur Evidenz, daß das Alldeutschtum im Volke seinen Resonanzboden hat. Überall, wo die Sozialdemokratie momentan Versammlungen einberuft, strömen die Massen zu Tausenden herbei, um in dieser Zeit weltgeschichtlicher Ereignisse ihr Urteil zu sprechen. Und dieses Urteil bewegt sich durchaus im Geiste des Sozialstatus, der dem gegenwärtigen Weltgeschehen Ziel und Richtung zu geben sucht.

Auch heute liegen wieder zahlreiche Berichte vor, wonach in diesen Tagen eine größere Anzahl prächtig verlaufener Friedensfundgebungen stattgefunden haben.

In Göttingen sprach vor über 3000 Personen Reichstagsabgeordneter Gen. Weis unter dem stürmischen Beifall der Versammelten.

In Mühlheim und Hamborn referierten die Genossen Schluchmann, Marwald und Reerfeld gleichfalls in überfüllten Versammlungen.

In Raumburg sprach der Abgeordnete des Kreises Genosse A. Thiele-Halle. War schon der Besuch der Versammlung für die örtlichen Verhältnisse ein auffällig starker, so daß der große Saal fast bis auf den letzten Platz gefüllt war, so war besonders bemerkenswert das zahlreiche Erscheinen von Beamten, Landwirten und Frauen. Da Raumburg bislang die alldeutsche Zentrale für Ostphüringen bildete, schiederte unser Redner die verhängnisvolle Schuld der Alldeutschen an der Erschöpfung und Verzögerung des Kriegsschlusses und der inneren Reformen und wendete damit kräftigen Beifall. In der Debatte griff auch ein Alldeutscher ein, der jedoch gar nicht mehr ernstlich versuchte, die Haltung seiner Partei zu rechtfertigen, sondern sich damit begnügte, um mildernde Umstände zu bitten, da die Alldeutschen doch im guten Glauben gehandelt hätten. Zwei Seminarlehrer stimmten zumehr der Kritik des Referenten zu und Justizrat Dr. Wolke forderte auf, alles Trennende zurückzustellen, falls wir zu einem letzten Vergleichungskampf gezwungen sein sollten.

In Stuttgart sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Hildenbrand unter gewaltigem Andrang über: Die Zukunft des deutschen Volkes und die Sozialdemokratie. Unter stürmischem Beifall betonte der Redner am Schluß seines Vortrags: Die Befreiung des deutschen Proletariats ist im Fluß, sie zu vollenden ist Sache des Volkes. Der von uns gepflegte süddeutsche Geist mußte die Junker entfernen. Mögen bald Verhältnisse kommen, die das Wort wahr machen: Das Wohl des Volkes ist das oberste Gesetz.

Die Forderungen für Württemberg vertrat in einem ausgezeichneten Referat Genosse Keil.

In Feuerbach, wo vor überfüllter Versammlung gleichfalls Genosse Hildenbrand sprach, benutzten die Unabhängigen die ihnen eingeräumte Redefreiheit zu den heftigsten und größtenteils der Wahrheit schroff widersprechenden Angriffen ausschließlich auf die sozialdemokratische Partei. Die Versammlung brachte deutlich ihre Ablehnung gegen eine solche Kampfmethode und gegen den Bruderkampf überhaupt zum Ausdruck.

Die Neuordnung in Hamburg.

In einer am Montag im Hamburger Gewerkschaftshaus abgehaltenen Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburgs, in der Bürgerlichdemokratischer Genosse A. Grünwald über die Demokratisierung im Reich und die Stellung Hamburgs zur Verfassungsfrage referierte, wurden in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Forderungen festgelegt, die die hamburgische Sozialdemokratie in der Frage der Neuordnung des hamburgischen Staatwesens stellt.

19. Sächsischer Reichstagswahlkreis.

In einer glänzend besuchten, äußerst harmonisch verlaufenen Kreisgeneralversammlung sprach Reichstagsabgeordneter Georg Schäfflin über die politische Lage, Redakteur Max Müller über die Wahlrechtsreform in Sachsen. Der Vorsitzende Kuhnert führte unter großem Beifall der Versammlung aus, daß die sächsischen Arbeiter an dem gleichen, gleichen und direkten Wahlrecht für die Gemeinden und den Staat festhalten werden. Besonders erfreulich war auch die Mitteilung, daß die Abonnentenzahl unserer Presse ständig steigt, trotz der Abonnementspreiserhöhung. In einer einstimmig angenommenen Resolution erkennt die Kreisgeneralversammlung an, daß der Eintritt von Sozialdemokraten in eine bürgerliche Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ohne gewisse Gefahren, sicher aber mit schweren Opfern für die Partei verbunden ist. Es gelte indessen zu verhindern, daß zu dem unglücklichen Ausgang des Krieges auch schwere Folgen gerade für die werktätigen Volksgenossen treten. Die Entschließung fordert die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, dessen Aufgabe die Feststellung und Abtragung aller Schuldigen sein muß, die frühere Friedensbestrebungen vereitelt haben.

Reichstagskandidaturen.

Eine Konferenz der Parteiorganisation Dülmen-Münster (Ruhr)-Oberhausen-Hamborn beschäftigte sich mit der Aufstellung der Kandidaturen für die nächsten Reichstagswahlen. Für den Kreis besteht Verhältniswahl mit drei Mandaten. Beschlossen wurde, als Kandidaten an erster Stelle den Genossen Dito Braun-Berlin und als Kandidaten an zweiter Stelle den Genossen Heinrich Jäger, erster Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf, aufzustellen. Die Entscheidung über die Aufstellung eines Kandidaten an dritter Stelle sowie von zwei Ersatzmännern soll an einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Nationalrat Robert Grimm ist, wie uns aus Bern gemeldet wird, von der Redaktion der „Bernener Tagwacht“, die er zehn Jahre leitete, zurückgetreten, um als stellvertretender Stadtrat die Leitung der städtischen Kantonsbereiche zu übernehmen. An die Stelle Grimms in der Leitung der „Bernener Tagwacht“ tritt der bisherige Bundeskorrespondent der schweizerischen sozialdemokratischen Presse, Hans Vogel.

Industrie und Handel.

Der Kampf gegen die Zahlungsmittelnot.

Der Bundesrat hat beschlossen, daß die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinscheine der Prozentigen deutschen Kriegsanleihe (nicht der Schapanweisungen) bereits jetzt als gesetzliche Zahlungsmittel betrachtet werden, also nicht nur von Behörden, sondern auch vom Publikum angenommen werden müssen. Dieser Beschluß stellt eine Erweiterung einer schon bisher in beschränktem Umfange bestehenden Uebung dar. Die Banken haben nämlich Coupons

von deutschen Reichs- und Staatsanleihen auf Wunsch bereits 14 Tage vor der Fälligkeit eingelöst. Die bisher freiwillige Uebung wird jetzt zeitlich ganz wesentlich erweitert, wobei aber diese Erweiterung nur auf die Prozentigen Kriegsanleihen beschränkt bleibt.

Zur Abhilfe gegen die Zahlungsmittelmisere werden die Städte in nächster Zeit größere Mengen von Kassenscheinen als Wechselgeld ausgeben. Leider kann man diesen Maßnahmen nicht mit ungemischter Freude zusehen. Einer der fundamentalsten Sätze der Lehre vom Gelde sagt, daß das gute Geld stets von dem schlechten Gelde aus dem Verkehr gedrängt wird, sei es, weil es gehamstert wird, sei es, weil es zu Zahlungen ins Ausland dient. Wir fürchten, daß diese seit dem Beginn der Geldwirtschaft beobachtete Erscheinung wieder auftreten und das herrschende Unheil verschlimmern wird, statt es zu bessern.

Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle.

Am 21. Oktober fand zum Zwecke der Gründung einer Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle die vom Reichskanzler einberufene Vertreterversammlung statt. Ein Referent des Reichswirtschaftsamts gab einen Überblick über die bisherigen Beratungen. Hierbei wurde hervorgehoben, daß diese sachlichen Grundlagen durch die Reichswirtschaftsstellen und die Reichsstelle für Textil-

Staatssekretär Erzberger über die Kriegsanleihe: Je mehr Kriegsanleihe, desto näher der Frieden.

Erzberger

wirtschaft festzustellen seien und daß die bisherigen amtlichen Besprechungen lediglich vorbereitender Natur seien. Folgende Punkte wurden hervorgehoben:

Textilrohstoffe gelten als Güter, des dringendsten Bedarfs. Einfuhrbeschränkungen, welche mit Rücksicht auf Kolonial- und Schiffsraum für weniger dringliche Güter und Luxusgüter angeordnet werden sollten, werden voraussichtlich bei der Anknüpfung an Textilrohstoffen auf diese praktisch keine Anwendung finden. Bei der Unübersehbarkeit der Verhältnisse muß allerdings die Möglichkeit einer Einfuhrregelung gewahrt bleiben. Ein zentraler Einkauf oder eine Kontingentierung des Rohstoffhandels dürfte nicht in Frage kommen.

Solange die Zukunft an Textilrohstoffen eine Vollversorgung aller Betriebe nicht ermöglicht, dürfte eine Kontingentierung derselben unter vorzugsweiser Berücksichtigung stillliegender Betriebe auf der Grundlage eines in Maschinenstunden ausgedrückten Leistungscontingents durchzuführen sein, wobei in Aussicht zu nehmen sein dürfte, daß das Contingent seinen Anspruch darauf geben soll, durch das Reich, die Wirtschaftsstellen oder eine andere Organisation mit Rohstoff versorgt zu werden. Der Einzelne wird für seine Bedienung selbst zu sorgen haben. Vorkäufe lösen durch einen Kontingentsausgleich begünstigt werden. Eine ähnliche Regelung wird voraussichtlich hinsichtlich der Weibstoffe zu suchen sein, während, falls nicht eine Besserung der Verhältnisse zu anderen Maßnahmen zwingt, von einer Gewerkschaft der im Inland hergestellten Fertigerzeugnisse vorerst abgesehen werden kann. Soweit die bei Friedensschluß vorhandenen Bestände der Heeresverwaltung der bürgerlichen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden können, dürfte die Zuweisung dieser Bestände zweckmäßig im bisherigen Verfahren zu erfolgen haben; eine vorzugsweise Berücksichtigung der stillliegenden Unternehmungen wird auch hierbei ins Auge zu fassen sein.

Solange der dringende Bedarf die Rohfrage übertrifft und Preissteigerungen erlaubt, sollte das Reich, nicht, wie es in dieser Mitteilung angekündigt wird, auf die Gewerkschaften der im Inland hergestellten Fertigerzeugnisse verzichten. Wenn bei der Mannigfaltigkeit der Erzeugnisse des Höchstpreisleistens nicht angewendet werden kann, so bleiben doch noch andere Möglichkeiten. Es kann eine gewisse Uniformierung und Typisierung der Produktion angestrebt werden, um zu verhindern, daß die Erzeugung von Massenverbrauchswaren ausgenutzt teurer Luxusprodukte zurückgestellt wird. Und es können die Zwischenhändler bis zum Detailisten hinunter durch kontraktlich festzusetzende Bestimmungen an Höchstpreise gebunden werden — bei Strafe des Ausschlusses von jeder Weiterbelieferung. Die Entwicklung der Kartelle in Deutschland und ihrer Methoden der Abgaberegulation gibt genug Fingerzeige eines elastischen und wirksamen Konsumentenbuches.

Das Ermächtigungsgesetz für die Übergangswirtschaft.

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels teilt uns zu diesem Thema mit:

Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes seine Zustimmung erteilt. Danach wird die Gesetzgebung während der Übergangszeit auch weiterhin auf vereinfachte Form ausgedrückt werden, d. h. sie soll durch Beschlußfassung des Bundesrats mit nachträglicher Prüfung durch den Reichstag erfolgen. Im Unterschied von dem bisherigen Verfahren soll aber vor dem Erlaß grundlegender Bestimmungen die vorherige Zustimmung eines Ausschusses des Reichstags von 15 Mitgliedern eingeholt werden. In der Presse und in einer Eingabe der Berliner Handelskammer ist dieses neue Ermächtigungsgesetz bekämpft worden, und zwar mit der Begründung, daß die Mitwirkung von Handel und Gewerbe nicht sichergestellt sei. Die Forderung einer härteren Mitwirkung von Handel und Gewerbe wird von den uninteressierten Kreisen gewiß reiflich erhoben werden. Es wäre unerträglich, wenn Bestimmungen mit Gesetzeskraft in der bisherigen Weise ohne vorherige Mitwirkung der beteiligten Kreise erlassen würden. Aber die Besorgnisse gegenüber dem neuen Entwurf erscheinen zunächst nicht voll begründet. Alles hängt davon ab, wie die Mitwirkung des Reichstagsausschusses erfolgen soll. Wenn die Verhandlungen des Ausschusses ohne Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen, dann ist den beteiligten Handels- und Gewerbetreibenden, ebenso wie bei der normalen Gesetzgebung die Möglichkeit einer Einwirkung offen gelassen. Sollte allerdings in Aussicht genommen sein, die Verhandlungen des Ausschusses des Reichstags im wesentlichen geheim und vertraulich zu führen, dann wäre es selbstverständlich, wenn Handel und Gewerbe eine ernste Forderung ihrer Interessen für die Zukunft befürchten würden und sich aufs äußerste dagegen wehren.

Weiterhin wäre Voraussetzung einer befriedigenden Abwicklung, daß der Ausschuss des Reichstags nicht nur bei grundlegenden Anordnungen, sondern stets über die Bundesratsverordnungen vorher verhandelt und seine Zustimmung zu geben hätte. Da aber nach dem Wsf 2 des § 1 der Reichstag die Aufhebung der angeordneten Maßnahmen nicht nur bei seinem nächsten Zusammentritt, sondern während der ganzen Geltungsdauer der Maßnahmen jederzeit verlangen kann, wird wohl anzunehmen sein, daß bei der Auslegung des Begriffes „grundlegende Anordnungen“ der Bundesrat die Auslegung sehr weit fassen und hienichtlich bei allen nicht ganz nebensächlichen Maßnahmen die Kommission des Reichstags zur Mitberatung und zur Mitverantwortung heranziehen wird.

Keine Gefahr für die Deutsche Bank.

Gegenüber unrichtigen in Umlauf gesetzten Gerüchten stellt die Deutsche Bank mit, daß ihre sämtlichen Engagements in türkischen Anleihen und Eisenbahnwerten aller Art mit weniger als fünf Millionen Mark zu Buche stehen.

Eine Polnische Elektrizitätsgesellschaft A. G. O.

Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft dehnt jetzt ihren Geschäftskreis auf das zukünftige Polen aus. Sie hat zu diesem Zweck unter Mitwirkung polnischer Ingenieure und Kaufleute die Polnische Elektrizitätsgesellschaft A. G. O. mit dem Sitz in Warschau errichtet. Das Aktienkapital des neuen Unternehmens beträgt 1 Million Mark, eingeteilt in 2000 Aktien, über je nom. 500 M. lautend. Die Gesellschaft soll befugt sein, Obligationen auszugeben, deren Betrag jedoch die Hälfte des jeweiligen Aktienkapitals nicht überschreiten darf. Die Gesellschaft kann sich auch an anderen polnischen Unternehmen beteiligen.

Groß-Berlin

Liebnechts Ankunft.

Gestern Abend kam Karl Liebnecht auf dem Anhalter Bahnhof an. Da sich eine große Anzahl seiner Anhänger eingefunden hatte, gestaltete sich der Empfang zu einer Demonstration, die ohne größere Zwischenfälle verlief. Liebnecht, dem ein großer Strauß weißer Blumen überreicht worden war, stand inmitten seiner Gefolgschaftsgenossen auf einem Lastwagen. Als er am Potsdamer Platz gerade an der Stelle, wo er 1916 verhaftet wurde — zum Sprechen anreden wollte, wurde der Wagen durch berittene Schüchelte zum Weiterfahren gezwungen. Am Brandenburger Tor stellte sich ein riesiges Säugmannsaufgebot der hochrufen Menge entgegen und trennte sie von dem Führer. In Verhandlungen und ersten Zusammenstößen ist es nach den bisher vorliegenden Berichten ersichtlichweise nicht gekommen.

Die Wohnungsnot in Charlottenburg.

Aus Angestelltenkreisen geht uns nachstehender Hinweis zu: In dieser Stadt herrscht schon seit länger Zeit eine gewaltige Wohnungsnot. Täglich können viele obdachlose Menschen ins Rathaus, die um Hilfe bitten. Der Magistrat unternahm bisher nur Schritte, indem er Läden, Bodengelasse und dergleichen gegen Weibliche zu Wohnungen einrichten ließ. Aber damit hat die Wohnungsnot nicht aufgehört. In und um Charlottenburg sind viele große Fabriken, die Hunderttausende von Arbeitern beschäftigen, von denen jetzt sogar ein großer Teil im Felde steht. Nach Rückkehr derselben wird die Wohnungsnot geradezu Dimensionen annehmen. Charlottenburg hat Vorkriegszeiten, die sich zum Teil in kleinen Wohnungen eignen, in Halle und Halle. Erinnerung sei an die Terrains an der Jungfernheide und im Westend. In der Nähe derselben sind die gewaltigen Siemenswerke, die viele tausend Menschen beschäftigen. Charlottenburg steht auf dem Standpunkt, daß die Siemensbeamten, die in Spandau beschäftigt sind, auch dort wohnen müssen. Aus diesem Grunde hat der Magistrat für die vordere bezeichneten Vorkriegszeiten den Landhausstil veräußert; es dürfen also nur vornehme Villen errichtet werden, müßig wird die Siemensangestellten das Wohnen dortselbst ganz unmöglich gemacht. Darüber herrscht nun in den Kreisen der Angestellten große Erbitterung gegen den Magistrat, der in seinen Mauern nur wohlhabende inwohner haben will. Es befreut dem allgemeinen, daß von den Aufsichtsböhrden die Einwilligung zu der Landhausbauordnung genehmigt wurde, obwohl sich diese Gegenden nicht im geringsten wegen ihrer Lage um die Siemenswerke zu „Villen“ eignen. Es ist nunmehr an der Zeit, daß sich die Öffentlichkeit mit diesem Vorgehen beschäftigt, damit nicht später die heimkehrenden Krieger aus Dank für ihre Tapferkeit noch obendrein obdachlos werden.

Aus den Verhandlungen über die Errichtung des Wohnungsverbandes ist bereits mehrfach bekanntgemacht, daß sich Charlottenburg beharrlich weigert, Kleinwohnungen zu bauen. Sollte der Magistrat in dieser reaktionären Haltung beharren, dann wird wohl nichts übrig bleiben, als daß der Wohnungsverband als Zwangsverband gegründet werden muß.

Das staatliche Landangebot für Groß-Berlin.

In der letzten Sitzung des beim Staatskommissar für das Wohnungsweesen aus Parlamentarier und Gemeindevertretern gebildeten Beirats für Städtebau und Wohnungswesen brachte der Groß-Berliner Vertreter, Stadtbaurat a. D. Deuster, zur Sprache, daß nach mehr als zweijährigen Verhandlungen durch den Verband Groß-Berlin, die Stadtregierung zu Anfang dieses Jahres durch den Oberpräsidenten die Erfüllung abgeben habe, der Staat sei bereit, in Groß-Berlin „staatliche Ländereien in günstiger Verleihelage zu Preisen zur Verfügung zu stellen, welche eine weitläufige Bebauung in Form des Flachbaus, auch für die minderbemittelten Bevölkerungskreise, ermöglichen.“ Das vom Finanz- und Landwirtschaftsminister dem Verbande darauf abgegebene Angebot enthalte aber derartig hohe Preisforderungen und drückende Bedingungen, daß entweder darauf verzichtet werden müsse, auch die minderbemittelten Kreise anzustellen, oder zu jeder Bauweise seitens der Groß-Berliner Gemeinden ein Aufschlag fons pardu zu leisten wäre, der so hoch sein müsse, als das Rohland zu teuer bezahlt wäre. Um die reaktionären Gesichtspunkte hinter die sozialpolitischen mehr zurücktreten zu lassen, habe sich der Verband Groß-Berlin an das Staatsministerium gewandt mit dem Ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Verwirklichung der obigen Erklärung der Stadtregierung angepaßt würde. Leider sei auf die Eingabe an das Staatsministerium bis heute keine Antwort eingelaufen, obwohl die Frage der Wohnungsbeschaffung und der Wiedererlangung der Wohnungsbeschaffung zur Beschaffung von Arbeit für die zurückkehrenden Krieger auf den Wägen brenne. Ein von Stadtbaurat Deuster gestellter Antrag, der Beirat möge an die Stadtregierung das Ersuchen richten, wie anderwärts so auch für Groß-Berlin schnellst eine wesentliche Verbilligung der Preise und Erleichterungen der Bedingungen einzuwirken zu lassen und auch die Landübergabe in niedriger Erbpacht in Erwägung zu ziehen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Die Verbandversammlung Groß-Berlin wird sich in ihrer nächsten Sitzung auf Grund eines Antrages der Sozialdemokraten erneut mit dem staatlichen Angebot beschäftigen.

Siedlungunternehmern der Provinz Brandenburg.

Unter der Bezeichnung Wohnungsfürsorge-Gesellschaft „Märkische Heimstätte“ m. b. H. wird vom Landesdirektor der Provinz Brandenburg eine Gesellschaft zur Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus für die minderbemittelte städtische und industrielle Bevölkerung gegründet, die alle auf diesen Gebieten liegenden Bestrebungen für den Bereich der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin zusammenfassen soll. Die Hauptaufgaben der „Märkischen Heimstätte“ sollen sein:

Förderung des Kleinwohnungswesens, insbesondere durch Bearbeitung überprüfender von Bau- und Siedlungsplänen; Förderung örtlicher Bauvereinigungen bei der Beschaffung und Erschließung von Baugeländen, bei der Herstellung von Kleinwohnungen und anderen der Wohnungsfürsorge für die minderbemittelte Bevölkerung dienenden Bauarbeiten. Durchführung besonderer Maßnahmen der Wohnungsfürsorge für die erwerbsfähigen Familien, Herbeiführung der Staatsbürgerschaft auf Grund des Vorkaufsrechtsgesetzes, Beschaffung von Zwischenkredit und Hypotheken, Beschaffung von Bauflohen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Hatte in ihrem 19. Geschäftsjahr 1917/18 (1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918) eine mäßige Zunahme der Mitgliederzahl und wieder eine beträchtliche Steigerung des Umsatzes. Die Mitgliederzahl, 109 122 bei Beginn des Jahres, wuchs durch 5022 Zugang, dem 2333 Abgang gegenüber stand, bis zum Schluss des Jahres auf 110 511, das ist um 2389 mehr als am Jahresanfang. Der Betrag des Jahresumsatzes in den 124 Verkaufsstellen war im vorletzten Jahr über 26 1/2 Millionen Mark, im letzten Jahr über 29 1/2 Millionen Mark, das letzte Jahr hat mithin wieder ein Mehr von reichlich 2 1/2 Millionen Mark gebracht. In dem gesamten Umsatz sind natürlich die einzelnen Mitglieder sehr ungleich beteiligt. Die Zahl derjenigen Mitglieder, die nennenswerte Einkäufe machten und Warenblätter abliefern konnten, war im vorletzten Jahr 77 467 (rund 72 Proz. aller Mitglieder), im letzten Jahr 72 427 (rund 66 Proz. aller Mitglieder). Der Durchschnitt des Umsatzes berechnet sich je Mitglied für das vorletzte Jahr auf 245,94 M., für das letzte Jahr aber auf 265,60 M. Vereinfacht man den Jahresumsatz mit der Zahl nur derjenigen Mitglieder, die Warenblätter abliefern, so erhält man einen Durchschnitt von 343,26 M. im vorletzten und 405,26 M. im letzten Jahr. Der vom Vorstand erstattete Geschäftsbericht hebt hervor, daß die in den letzten Jahren bemerkte Steigerung des Umsatzes pro Mitglied leider im wesentlichen auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückzuführen ist. Der Bericht gibt wieder eine sehr lebenswerte allgemeine Darstellung der Lebensmittelversorgung und der Schwierigkeiten, mit denen sie in der Kriegszeit zu kämpfen hat. Bei der Konsumgenossenschaft ist es infolge Steigerung der Lasten zu einer Minderung der Geschäftsergebnisse gekommen, so daß für das abgelaufene Geschäftsjahr die Rückzahlung von 4 Proz. auf 8 Proz. herabgesetzt werden muß. Begreiflicherweise werden durch die besonderen Verhältnisse der Kriegszeit auch die Produktionsbetriebe der Genossenschaft sehr gebermt. Der wichtigste, die Bäckerei, hatte zwar eine Zunahme des Umsatzes, der im vorletzten Jahr etwas über 8 Millionen Mark, im letzten über 8 1/2 Millionen Mark betrug. Das Mehr ist aber nur durch die Erhöhung des Brotpreises zustande gekommen. Der Verbrauch von Mehl (einschl. Streckungsmittel) hat abgenommen; er war im vorletzten Jahr über 15 1/2 Millionen Kilogramm, im letzten aber noch nicht 14 Millionen Kilogramm. Das Eigenkapital der Genossenschaft hat sich weiter erhöht, ist aber gegenüber der Mitgliederzahl noch zu gering. Von dem Geschäftsergebnis, das bei bisher 30 M. je Mitglied sich im ganzen auf 3 315 330 M. belaufen müßte, sind erst 2 217 914 M. eingezahlt, 203 550 M. mehr als am Schluss des vorletzten Jahres. Der Bericht weist darauf hin, daß die Genossenschaft ohne ausreichende Bekräftigung ihres Betriebskapitals ihren Wirkungsbereich nicht erweitern kann. — Nach dem Kriege werden die Konsumgenossenschaften mehr als je sich der Eigenproduktion widmen müssen, um ihren Mitgliedern größere Vorteile bieten zu können.

Schutz vor Gasangriffen.

In der Dienstagnummer der „Leipziger Volkszeitung“ wird „aus sicherer Quelle“ mitgeteilt, daß die Schutzmannschaft in Berlin und anderen Orten Deutschlands mit Gasbomben ausgerüstet sei, die bei Demonstrationen Verwendung finden sollen. In fettem Druck werden den Demonstrationsteilnehmern praktische Winke erteilt, wie man die Wirkung dieser gefährlichen Explosivgeschosse beseitigen kann.

Infolge dieser Mitteilung hat die Berliner Polizei auf das entschiedenste bestritten, daß die Meldung den Tatsachen entspricht. Der Gasangriff kommt also von dem Berliner Gewehrmann der „Leipziger Volkszeitung“.

Berliner Lebensmittel.

In den Bezirken der Volkskommissionen 103 bis 114, 183 bis 180, 171, 173, 183, 184, 190, 202, 203, 206, 210, 217, 220, 221, 224, 231, 232 und 234 beginnt die Ausgabe von Weizkohl und Zwiebeln Freitag, den 25. d. Mts. Die Bezugsberechtigten wollen bei dem Kleinhändler, bei dem die Anmeldung erfolgt ist, Nachfrage halten. — Die Fettstelle Groß-Berlin macht darauf aufmerksam, daß das Kopfsalzfür den zurzeit gültigen Speisefettsorten bis zum Ende der Woche (27. Oktober) für den Käsebezug bei der quartelweisen Verteilung aufzubewahren ist.

Bis Sonnabend, den 26. Oktober, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisefettlisten der in den Bezirken der 112., 202., 203., 204. und 220. Volkskommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Die Grippe.

Im Hinblick auf die Grippebehandlung hat der Kohlenverband Groß-Berlin angeordnet:

Die Abgabe von Warmwasser aus zentralen Warmwasserbereitungsanlagen hat in Wohnhäusern für die Zeit vom 24. Oktober bis 24. November zu den in dem Mietvertrage vereinbarten Zeiten, mindestens aber täglich von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends zu erfolgen. Alle Handbatterien in Wohnungen mit Dfenheizung kann bei Grippekrankungen für den gleichen Zeitraum auf Antrag eine Sonderkarte bis zu zwei Personen gegen ein von der Gemeinde nachzuprüfendes ärztliches Zeugnis ausgeben werden. Sonderzuweisungen von Was sind unzulässig.

In Berlin, das sich immer noch nicht entscheiden kann, seine Schulen allgemein zu schließen, sind wieder weitere 18 Schulen geschlossen worden, so daß bereits 160 Schulen den Unterricht eingestellt haben. — Bei der Allgemeinen Berliner Ortskrankenliste wurden 1780 Neuerkrankungen gegen 1787 am Vortage angemeldet. Davon sind 1310 Grippekrankungen und 25 Lungenerkrankungen. Die Todesfälle sind von 41 auf 59 gestiegen. Von den Kranken starben 20 an Lungenerkrankung, 15 an Influenza und Grippe, fünf an Herzschwäche und fünf an Tuberkulose. Wie von der Krankenliste nach mitgeteilt wird, bereitet die Unterbringung der Kranken in den vollständig überfüllten Krankenhäusern große Schwierigkeiten.

Frei-Telegramme aus der Provinz melden, daß in Kassel und fast allen Provinzialstädten Mitteldeutschlands die Schulen geschlossen werden. Aus den Universitätsstädten Marburg, Gießen, Göttingen, Gann, Münden wird eine größere Anzahl von Todesfällen gemeldet.

Der Menschheit ganzer Jammer . . .

Zu der in Nr. 291 gebrachten Darstellung des Johannisthaler Gemeindevorstandes erhalten wir eine längere Zuschrift des Verteidigers der Angeklagten, Justizrat Glackauer, woraus hervorgeht, daß die Darstellung des Gemeindevorstandes durchaus unrichtig ist. Gerade infolge der ungünstigen Auslagen des Gemeinde- und Armenvorstandes hat sich das Gericht sehr eingehend mit dem Lebenswandel der Angeklagten beschäftigt. Aus den Befragungen der Zeugen ging hervor, daß die Angeklagten sehr arbeitsam und ordentlich gemeint sind und daß sogar eine vom Gemeindevorstand genannte Belastungszeugin der Frau das beste Zeugnis ausstellte. Die größte Wirkung dürfte aber bei Beurteilung der Sache doch immerhin die Ausführungen des Anklägers, des Staatsanwalts, hervorgerufen haben, der bekundete, daß sich ergeben habe, daß die Angeklagten einen durchaus einwandfreien Lebenswandel geführt habe, daß sie selbst an ihrer schließlich einnetretenen Kollage nicht das geringste Verschulden treffe, und daß auch die Gemeinde Johannisthal der Frau J. gegenüber nicht in vollem Maße ihre Pflichten erfüllt habe.

Nach dieser Darstellung des Verteidigers berührt das Verfahren des Gemeindevorstandes besonders eigenartig, der sich sogar nicht genierte, die Aufnahme seiner Verurteilung unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes zu verlangen. Nach dem, was wir hier erlebt haben, scheint es uns die höchste Zeit, daß sich mal die Gemeindevorstand der Sache annimmt und mit ihrem Vorsitz ein erstes Wort redet.

47 Millionen städtisches Notkassengeld. Der „Volksanzeiger“ berichtet: Die Stadtverordnetenversammlung wird sich in aller Kürze mit der Magistratsvorlage beschäftigen, die die Ausgabe von Berliner städtischem Notkassengeld vorsieht. Wie wir hören, sollen rund 47 Millionen Mark ausgegeben werden, und zwar 20, 5- und 2-Mark-Scheine.

Offenbar wird die Maßnahme für die Gemeinde Groß-Berlin einheitlich zur Durchführung gebracht. Das könnte uns noch gerade fehlen, daß sich schließlich jede Gemeinde eine besondere Art von Papiergeld leistet.

Frauen in städtische Deputatinnen. Die Stadtvv. Varentin und Genossen (Unabh. Sez.) haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Armenkommissionen, Waisenkommissionen und Schulkommissionen dahin ändern zu lassen, daß jeder dieser Ämter mindestens eine Frau angehören muß. Bisher sind in den Berliner Armenkommissionen und 150 Mitglieder weiblichen Geschlechts tätig.

Zur Patenprüfung wird amtlich mitgeteilt: Im irrgen Ansehen zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß sich die polizeiliche Kontrolle von Patenten, die in den Schalterräumen von Reichspostämtern gelegentlich ausgeübt wird, auf solche Einzelfälle beschränkt, in denen der Verdacht begründet erscheint, daß es sich um Fälschungen des gewerbmäßigen Schleichhandels handelt. Daß noch nicht aufgelieferte Patente in solchen Verdachtsfällen von den Polizeibehörden durchsucht werden dürfen, entspricht dem geltenden Rechtszustand. Eine solche Durchsuchung kann in den dem öffentlichen Verkehr dienenden Schalterräumen auch auf Grund des § 123 des Strafgesetzbuchs nicht verweigert oder verhindert werden.

Militärische Ausweise, Siegel und Stempel. Das Oberkommando hat eine Verordnung erlassen, monach Vorbrude zu militärischen Ausweisen jeder Art (Militärscheine, Militärpässe, Soldbüchern usw.) nur auf Grund eines schriftlichen, mit Dienststempel oder Dienststempel versehenen und ordnungsgemäß unterschriebenen Auftrages einer inländischen militärischen Dienststelle angefertigt und geliefert werden dürfen. Die Herstellung von Militärfabrikaten durch Druckerien, die hierzu nicht durch die stellvertretenden Generalkommandos des Großbezirks und des III. Armeebezirks schriftlich ermächtigt sind, ist verboten. Ladestempel oder Farbstempel mit auf militärische Dienststellen bezüglichen Inchriften dürfen nur auf Grund eines schriftlichen und ordnungsgemäß unterschriebenen Auftrages der stellvertretenden Generalkommandos oder des Waffens- und Munitionsbeschaffungsamts A IV von den von den stellvertretenden Generalkommandos bestimmten Firmen angefertigt und geliefert werden.

Rundgebung für den Völkerverbund. In der am 27. Oktober, mittags 12 Uhr in der Singalademie vom Völkerverbund für Freiheit und Vaterland geplanten Rundgebung für den Völkerverbund werden nach dem Vortrag des Staatssekretärs a. D. Dr. Bernhard Dernburg kurze Ansprachen halten: die Reichstagsabgeordneten Freiherr v. Rechenberg (Z.), Legien (Soz.), Konrad Haufmann (Sp.), Freiherr v. Richthofen (natl.)

Charlottenburg. Kleinkinderfürsorge. In jeder Säuglingsfürsorgeeinrichtung werden besondere Wochenprechstunden für Kinder vom 1. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre abgehalten. In diesen Sprechstunden werden in regelmäßigen Zwischenräumen zunächst solche Kinder, die bis zum vollendeten 1. Lebensjahre bereits die Fürsorgestelle besucht haben, weiter vorgeführt. Angelassen werden jedoch alle Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren, auch wenn sie die Säuglingsfürsorgeeinrichtung vorher nicht besucht haben. Mütter und Pflegemütter erhalten dabei unentgeltlichen spezialärztlichen Rat über die für das Gedeihen des Kindes gebotenen Maßnahmen und die Vermeidung von Schädlichkeiten. Eine ärztliche Behandlung findet nicht statt. Diese Kleinkinderprechstunden werden an folgenden Tagen abgehalten: Säuglingsfürsorgeeinrichtung I, Berliner Straße 137: Mittwoch, 2-3 Uhr; II, Schillerstr. 37/38: Dienstag, 2-3 Uhr; III, Kirchplatz 5a: Freitag 1-2 Uhr; IV, Rehringstraße 11: Dienstag 2 1/2-3 1/2 Uhr; V, Kaiserin-Augusta-Allee 102: Dienstag, 2 bis 3 Uhr; VI, Kaiserin-Augusta-Viktoria-Haus, Postwitzstraße: Mittwoch, 2-3 Uhr; VII, Postweg 28: Donnerstag, 2-3 Uhr. Die Mütter und Pflegemütter, die zugleich einen Säugling und ein größeres Kind der Fürsorgeeinrichtung vorstellen wollen, können ausnahmsweise auch die größeren Kinder in der Säuglingsprechstunde mit vorstellen.

Schöneberg. Annahmestellen für Schuhreparatur. Wiederholt werden Klagen darüber geführt, daß für Schuhbesserungen unwürdige Preise gefordert und gute Stiefel gegen schlechte vertauscht werden. Der Magistrat hat demzufolge mit einigen Schuhmachern ein Abkommen getroffen, durch das die unzulässige Ausfertigung von Schuhbesserungen nach einem festgelegten Tarif binnen 14 Tagen gewährleistet wird. Zu diesem Zweck sind zehn Annahmestellen bei den nachstehend aufgeführten Schuhmachern errichtet worden: Laube, Brunenwaldstr. 61; Rieter, Brunenwaldstr. 74; Kiese, Peter-Bücher-Str. 20; Awarz, Neue Winterfeldtstraße 43; Vater, Wielandstr. 31; Rottloff, Hauptstr. 181; Preuß, Götterstr. 2; Daeth, Monumentenstr. 8; Salge, Winterfeldstr. 3; E. Robert Korn, Stubenrauchstr. 12a.

Lichtenberg. Kartoffelversorgung. Vom 26. Oktober bis 24. November sind neben den 7 Pfund Kartoffeln zum wöchentlichen Verbrauch auf die 24 Abchnitte 7, 8, 9, 10, 11 und 12 der gelben Lichtenberger Sonderkartoffelkarte, und zwar a bis f je 1/2 Pfund und auf die beiden letzten Abchnitte g je 1 Pfund, also auf jede Kartennummer 8 Pfund, zusammen 48 Pfund Kartoffeln zu entnehmen. Diese 48 Pfund sind nicht für den laufenden Bedarf bestimmt, sondern dienen zur Schaffung eines Winterbarraks, welcher in der Zeit verbraucht werden darf, in der Frost oder andere Verkehrsstörungen die Kartoffelzufuhr hemmen. In diesem Zeitabschnitt werden keine Kartoffeln ausgegeben.

Lichtenberg. Neue Kriegsvorsorgemaßnahmen. Der Magistrat hat eine Reihe von Beschlüssen auf dem Gebiet der Kriegsvorsorge

fahrschutz gefaßt. Den Beamten, fest Angestellten und Lehrern der höheren und Mittelschulen soll eine einmalige Kriegsteuerungszulage nach den Berliner Bestimmungen gewährt werden. Die Lehrkräfte an den Gemeindefschulen sollen den Unterrichtsbetrag zwischen den staatlichen und städtischen Löhnen erhalten. Die auf Privatdienstvertrag beschäftigten Hilfskräfte und die städtischen Arbeiter erhalten noch einjähriger Tätigkeit den bisherigen Betrag der laufenden monatlichen Kriegsbeihilfe. Die hierfür erforderlichen Aufwendungen machen den Betrag von 850 000 M. aus. Ferner hat der Lichtenberger Magistrat beschlossen, den städtischen Arbeitern vom 1. Juli ab den Lohn um 10 Pf. und vom 1. Oktober ab um weitere 5 Pf. für die Stunde zu erhöhen. — Für die Durchführung der Kriegshinterbliebenenfürsorge soll ein besonderer städtischer Ausschuss von 2 Magistratsmitgliedern und 4 Stadtverordneten eingesetzt werden. — Der Stadtverordneten-Ausschuss, der zur Vorbereitung der im August eingebrachten Magistratsvorlage über die Bewilligung eines Kriegskostenzuschusses zur Herstellung von Kleinwohnungen eingesetzt worden war, hat einstimmig beschlossen, die Annahme der Vorlage zu empfehlen. — Zu Kriegsvorsorgeausgaben sollen weitere Mittel bis zu 5 Mill. Mark aus einer Zwischenanleihe zur Verfügung gestellt werden. Bis zum 1. Juni hat Lichtenberg an Kriegsvorsorgeausgaben um nach Abzug der Erstattungen durch Reich und Staat, 17,4 Mill. Mark ausgegeben. Zu Weihnachtsgeschenken für Angehörige des Feldheeres sollen 15 000 M. zur Verfügung gestellt werden.

Wilmerdorf. Käseverteilung. Vom 23. bis 28. Oktober werden in sämtlichen durch Ausschuss der Fettstelle Groß-Berlin kenntlich gemachten Geschäften auf die Groß-Berliner Speisefettkarte auf Grund der Speisefettlisten ohne besondere Voranmeldung je 125 Gramm Käse verteilt.

Adlershof. Begabtenförderung. Um begabten Gemeindeforschülern den Übergang auf die Realschule und die höhere Mädchenschule zu ermöglichen, hat die Gemeindeverwaltung einen Sonderlehrgang in Deutsch und Rechnen eingerichtet, der für Knaben und Mädchen, die die 5. Klasse der hiesigen Gemeindeforschulen besuchen, bestimmt ist und Ostern 1919 beendet sein wird. Der Sonderlehrgang, dessen Teilnahme unentgeltlich ist, bezweckt, daß die begabten Kinder das Ziel zur Aufnahme in die Sexta der Realschule bzw. in die 7. Klasse der Mädchenschule statt in vier bereits in drei Jahren erreichen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Cöpenick. Vor mehr als 1000 Personen sprach am Sonntag Reichstagsabgeordneter Rudolf Wissell über „Friedensausichten“. Anhänger der Unabhängigen, wie auch Bürgerliche waren zahlreich anwesend. Redner schilderte in eingehenden Ausführungen die allgemeine politische Lage und setzte unter hürdischem Verfall auch die Unmöglichkeit des Eintritts der Partei in die Regierung auseinander. Zur Aussprache nahm niemand das Wort, so daß der Vorsitzende erklären konnte, daß die Versammlung den Ausführungen einstimmig zustimmt.

Cöpenick. Heute abend 8 Uhr im Kaiserhof Versammlung des Wahlvereins. Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter werden ersucht, bereits 7 1/2 Uhr zu einer dringend wichtigen Besprechung anwesend zu sein.

Soziales.

Ueber die Zuständigkeit der Mieteinigungsämter.

Das Landgericht Berlin III, Zivilkammer 15 hat unterm 10. Juli 1918 — Aktenzeichen 28 S 183, 18 — eine überaus wichtige Entscheidung getroffen, die dem Umfang der Zuständigkeit der Mieteinigungsämter zur Unvollständigkeit in der Hinsicht von Reichsentscheidungen betrifft. Die in den Wäffern für Hohenfelde im Bezirk des Kammergerichts 1918 Nr. 8/9 abgedruckte Entscheidung lautet wie folgt:

Durch den Beschluß des Mieteinigungsamtes zu Spandau vom 2. Februar 1918 ist die Kündigung, auf die der Kläger sein Räumungsbegehren stützt, für unwirksam erklärt worden. Diese Entscheidung ist gemäß § 3 der Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli unanfechtbar; die getroffene Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung gilt als Vereinbarung der Parteien. Das auf diese Kündigung gestützte Räumungsbegehren des Klägers ist demnach unberechtigt und die Abweisung der Klage durch das angefochtene Urteil ist daher zu Recht erfolgt.

Unzutreffend ist die Ausführung des Klägers, daß das Mieteinigungsamt im vorliegenden Falle zur Entscheidung nicht zuständig gewesen sei, da seine Zuständigkeit sich auf die Fälle beschränke, in denen der Vermieter von seinem Kündigungsrecht deshalb Gebrauch mache, weil der Mieter einen erhöhten Mietzins nicht zahlen wolle, während der Mieter im vorliegenden Falle nur deshalb gekündigt habe, weil er die Mieträume selbst benutzen wolle.

Wirdings hat das königliche Landgericht II in Berlin in der in den R. V. 18, 19 abgedruckten Entscheidung diese Auffassung vertreten und auch Prof. Dr. Cernemann hat sich für eine solche einschränkende Auslegung der Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 ausgesprochen (J. W. 17, 366 ff.).

Dieser Meinung ist jedoch nicht beizutreten, und sie hat in neuerer Zeit auch fast einhellige Ablehnung gefunden.

Was auch den hauptsächlichsten Anlaß zu jener Bundesratsverordnung die Erwägung gegeben haben, daß dem Bestreben der Vermieter, unter Ausnutzung der gegenwärtigen Lage übermäßige Mietsteigerungen zu erzielen, entgegenzutreten werden müsse, so hat die Verordnung die Zuständigkeit der Einigungsämter doch keineswegs auf die Fälle beschränkt, in denen eine Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgt, und eine solche Einschränkung hat sicherlich nicht im Willen des Gesetzgebers gelegen. Der Vermieter braucht ja bei der Kündigung einen Grund für diese nicht anzugeben und es wird sich daher in den meisten Fällen gar nicht erlernen und feststellen lassen, ob der Vermieter mit der Kündigung den Zweck einer Mietsteigerung verfolgt oder nicht. Bei einer Beschränkung der Zuständigkeit der Mieteinigungsämter auf die Fälle von Kündigungen, die zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgen, würde sich daher eine Unsicherheit und Unklarheit ergeben, die dem Zwecke der Bundesratsverordnung, eine rasche und unanfechtbare Regelung der Frage der Wirksamkeit der Kündigung zu erzielen, durchaus zuwiderlaufen und in zahlreichen Fällen eine erfolglose Tätigkeit der Einigungsämter in Frage stellen würde.

Dem Wortlaut und dem Sinne und Zwecke der Verordnung wird daher nur eine Auslegung gerecht, die dahin geht, daß die Einigungsämter in allen Fällen einer nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters über die Wirksamkeit derselben auf Anrufen des Mieters zu bestimmen haben. . . .

Hiernach war die Berufung als unbegründet zurückzuweisen.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Der am letzten Sonntag ausgefallene 24. Bilderorttag findet nunmehr bestimmt am kommenden Sonntag, abends 7 Uhr, im Jugendheim Lindenstraße 3 statt. Die ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit. Weitere Karten a 20 Pf. sind noch im Heim und auf allen Jugendveranstaltungen zu haben.

Arbeiterjugendheim Berlin. Lindenstr. 3. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, zweiter Abend der Vortragsreihe des Herrn Arbeitersekretär Hermann Müller: Vier Jahrhunderte wirtschaftlicher Entwicklung. Abd. Neufuß. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Jugendheim Berliner Str. 68, Vortrag des Herrn Emil Unger: Die Zeit im Spiegel der Dichtung.

Briefkasten der Redaktion.

Nelbott 251. Die Bücher enthalten mancherlei Wahres, aber auch vieles, was sehr anfechtbar ist. — **Marine.** Bedenkt wurde im Jahre 1916 zu 4 Jahren 1 Monat Haftstrafe verurteilt. — **Z. 10. G. M.** Wir haben Ihr Schreiben an das Justizamt weitergegeben. — **Die 25.** Uns ist ein geeignetes Verzeichnis nicht bekannt. — **Provinzialer.** Wegen einer Einlasskarte zum Reichstag wenden Sie sich an den Reichstagsabg. Ewald Berlin S. Schützenstr. 6. — **Wieder Kartoffeln 1918.** Es wird sich wahrscheinlich um eine Verordnung des zuständigen Landrats handeln. — **Ida 30.** Ein sicheres Mittel gegen Gonorrhoe ist uns nicht bekannt. — Sie haben im Jahr 1917 auf einen Versuch für Redaktionsstellen. — Fragen Sie beim Magistrat Reutchen an. — **Katholische in Kronenfeld** stellen wir nicht. Wenden Sie sich an einen Arzt. — **H. M.** Eine solche Karte dürfte sicher erscheinen, doch ist uns etwas Näheres darüber nicht bekannt. Bedenkt fragen Sie einmal beim Reichs Kriegsministerium in Dresden an. — **H. T. Gudow.** Wenden Sie sich an das Zentralnachweisedureau des Kriegsministeriums, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 48.

— **H. R. 1000.** Für die Steigerung gibt es keine Höchstgrenze, Sie könnten sich nur, wenn Ihnen die Steigerung zu hoch ist und ungerecht erscheint, was in Ihrem Falle wohl zutrifft, an das Weidmännungsamt wenden. — **H. 2. 18.** 1. Die Wochenhilfe kann der Ehefrau eines bereits entlassenen Kriegsinvaliden gewährt werden, wenn der Ehemann nicht in der Lage ist, die Sorge für die Familie zu übernehmen. Ob die Veranlassung in Ihrem Falle zutrifft, können wir nach Ihren Angaben nicht entscheiden. Wenn Sie aber trotz Ihrer Kriegsverletzung lohnende Beschäftigung haben, so steht Ihnen die Wochenhilfe nicht zu. 2. Gelüste sind an die Kriegsinvalidenfürsorge Widmannstr. 20 zu richten; es werden aber nur bei außergewöhnlicher Bedürftigkeit 20 M. Unterstützung gezahlt. — **Recht.** Und ist ein solcher nachträglicher Befehl nicht bekannt, der Befehlende soll die höhere Lösung geltend machen. — **H. R. 1.** Der Sohn ist jedenfalls nicht jetzt Angehöriger gewesen. Die Mutter hat keinerlei Anspruch. 2. Ja. — **G. 3. 73.** Ihr Ehemann dürfte keine Jurisdiktion von der Front in die Kasse verlangen, er kann zum Frontdienst nicht verwendet werden.

Wasserstandsberichte der Landeskant für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am		21.	22.	Wasserstand am		21.	22.
		cm	cm			cm	cm
Memel	Lütk	148	—	Zaale	Großhly	80	—
Bregel	Insterburg	—30	—	Havel	Spandau	40	—
Deichsel	Loos	85	—		Rathenow	8	9
Oder	Katibor	138	—	Spree	Ehrenberg	90	—
	Krosen	90	—		Rechenberg	194	—
	Frankfurt	90	—	Deiser	Ründen	196	—
Warthe	Schrum	—	—		Minde	217	—
	Landberg	—17	—	Rhein	Ragimlau	—	—
Nehe	Bordamm	—28	—		Laub	—	—
Elbe	Wietzenitz	—	—		Södn	—	—
	Dresden	—167	—	Redar	Neibromm	—	—
	Borby	61	—	Main	Samau	—	—
	Magdeburg	60	—	Wiel	Trier	—	—

Eine gute Marke

wirbt Zutrauen und Wohlwollen. Die Erfahrungen, die man selbst und Tausende Andere mit ihr gemacht haben, verdichten sich zu einem Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens zu der Marke und zu den Waren für die sie bekannt ist.

Eine solche Marke ist auch:



Rönigstr. 33
Im Hotel „Königsberg“

Chausseestr. 113
Im Hotel „Königsberg“

Samstags geschlossen



Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern gehen wir hiermit Nachricht vom Tode der Kollegen
Wilh. Karl Schmidt
von den Verh. Genossenschaftswerken (Straßenbeleuchtung).
Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle der Friedenskirche-Gemeinde in Rordend, Blauenfelder Straße, aus statt.
Gustav Rösicke
vom Gaswerk Mariendorf (Gas-Vereinigungsgesellschaft).
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Mariendorf, Friedenstraße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung bei der Beerdigung der Kollegen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Geianoverein „Freiheitskämpfer“
„Königsberg“
(M. u. A.-S.-S.)
Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber Kamerad
Otto Schulz
am Montag, den 21. Oktober, nachts 12 Uhr, im Alter von 35 Jahren an der Grippe verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Friedenskirche in Rordend, Blauenfelder Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Stimm schließt der Sänger!

Zentralverband der Handlungsgesellen.
Ortsgruppe Berlin.
Wir machen unseren Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unsere Verehrten Kameraden bei der Firma H. Bertheim, Rönigstraße,
Martha Bloede
am 22. 10. an der Grippe verstorben ist.
Wir beklagen in ihr eine beliebige Kollegin, die stets bereit war, sich für die Interessen der Allgemeinheit zu opfern.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedenskirchen-Friedhofes, Vappelschke, aus statt.
Wir bitten um zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung.
78/9
Die Ortsverwaltung.

Nach kurzem Leiden verschied am 22. d. M. unser hochgeschätzter
Herr Direktor Liehl.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen rechtschaffenen Vorgesetzten und werden sein Andenken stets ehren.
79A
Die Arbeiterschaft der Firma Richard Götze
Abteilung Treptow.

Zu verkaufen:
Dreherei
musterhaft eingerichtet, mit circa 50 Maschinen:
Revolverdrehbänken, Leitspindelbänken, Rugs-
spindelbänken, Bohrmaschinen, Schleifmaschinen,
Fräsmaschinen, Schyeping-Motoren usw.
Angebote schriftlich an
131/11
Günzel, Lichterfelde,
Parallelstraße 20.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.
Ortsgruppe Neon-Berlin.
Unseren Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß unser Kamerad, der Versicherungsangestellte
Willi Goern
am 21. Oktober im Alter von 31 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Oktober, nachmittags 2 Uhr, auf dem Friedhof der Friedenskirche, Rönigstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung

Am 20. Oktober verschied infolge Rippenfellentzündung unser lieber Kamerad,
Ernst Heinrichs.
Die Kollegen der Firma R. Ruerbach.
Beerdigung Freitag, den 25. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, Thomas-Kirchhof, Hermannstraße.
36845

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann und mein guter Vater, der Schriftsetzer
Ernst Bertram
nach langem, schwerem Krankenlager sanft entschlafen ist.
An diesem Schmerz
Angusto Bertram
und Sohn.
Die Einäscherung findet am Sonntag nachmittags von der Leichenhalle der Friedensgemeinde aus statt.

Sozialdemokrat. Verein Berlin VI (S. P. D.).
Unser langjähriges Mitglied, zuletzt Kassier unseres Vereins
Julius Wasser
wohnhaft Uledomstraße 7, ist am 19. Oktober verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Freitag, nachmittags 2 Uhr, von der neuen Halle des jüdischen Friedhofes in Weihenfeld.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht
224/7
Der Vorstand.

Am 8. Oktober d. J. fiel im Westen nach mehr als dreijährigen Kämpfen im blühenden Alter von 22 Jahren unser innigstgeliebter, herzensguter Sohn,
Fritz Bergmann
Grenadier-Regiment 1 (Kronprinz).
Dies zeigen allen Freunden und Bekannten in diesem Schmerz an
3691b
Albert Bergmann
nebst Frau u. Geschwister
S. Rechner-Strasse 2.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor
Sprechst. 11-1, 5-8 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Barufastörung, Teilzahlung

Spezialarzt Dr. med. Reinhardt,
Potsdamerstr. 117, d. Lötzwst.
11, 12-2, 5-7, 10
Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen. Modernste, erfolgreiche Heilverfahren. Teils. Heilung 10-1, 5-8 Sonntags nach außerhalb verschlossen 1, 11

Dieser des hochwürdigen Heiligtums wurden unsere Kollegen,
der Schlosser
Otto Nary
und der Kassierer
Fritz Kupfer.
Es ehren ihr Andenken
Die Kollegen und Kolleginnen der Firma
Karl Schulz,
Galenbeide 9.

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervöse Schwäche, Bakterienkränke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Barufastörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters. Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Königsstr. 58/57, gegenüber Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1 Honorar mäßig, u. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt Dr. med. Laubs
Beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Barufastörung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden Harn- und Blutuntersuchung. Sprechst. 10-1, 5-8 Sonntags ohne Barufastörung, Teilzahlung
Königsstr. 84/86, gegenüber Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Spezialarzt Dr. med. Coleman
Friedrich-Strasse 61/62, an der Dorotheenstr. Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden, Sex. Neurosthenie. Kurze Behandlung, ohne Barufastörung, Teils. Harn- u. Blutuntersuchungen. Sprechst. 10-1, 5-8 Sonntags 10-1. Tel. Zentrum 8874 [173].*

Spezialarzt Dr. med. Haedleke
Haut-, Harn-, Geschlechts-, Blutuntersuchung, Friedrichstr. 187-188 (a. d. Mohrenstraße, Untergrdb.) 11-1, 5-7, Stg. 11-1.

Ausschneiden!
Verleide als Nachnahmebrief: **Friem,** kein Papier, einwandfrei, 10 Bld. 6,50 Mark. **C. Jabbusch,** O 4, Armeest. 4.

Zur Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Bl. Deutsch-Französisch 15 Bl. Beschleunigung Jernbahn, Berlin

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brannen Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

1 Kompottschüssel schwarzes Pressmuster 2.95
In verschiedenen Ausführungen

1 Bierkanne reiches Pressmuster 2.95
auf hohem Fuß 2.95

1 Likörsatz Flasche, vier Gläser und Tablett... 2.95

1 Kuchenteller Pressmuster 2.95

1 Käseglocke hübsches Pressmuster... 2.95

1 Fruchtkorb schwarzes Pressmuster... 2.95

Steinout

4 Kaffeebecher weiss od. bunt, grosse Form... 2.95
2 Vorratsstollen mit Deckel 2.95
6 Oberlinsen weiss... 2.95

Jugendbücher 2.95
für Knaben u. Mädchen, viele Titel, mit Bildern, gut gebunden...

2 Tassen mit Untertassen Porz. hübsche Kantenvariation... 2.95

1 Fussbank... 2.95

1 Küchenschüssel Emaille... 2.95

6 Tassen mit Untertassen... 2.95

Porzellan

1 Kuchenteller mit Fruchtverzierung... 2.95
2 Abendbrotteller mit Goldrand 2.95
1 Milchtopf mit breiter Rosenkante... 2.95
1 Gemüseplatte rund... 2.95
1 Bratenplatte oval... 2.95
1 Tunkenschüssel... 2.95
3 Teetassen mit Untertassen 2.95

1 Kaffeekanne mit Rand 2.95

4 Kaffeebecher Porzellan, mit hübschen Kinderbildern... 2.95

2 Essteller Emaille 2.95

1 Maschinen'opf Emaille... 2.95

1 Kasserolle mit Stiel, Emaille 2.95

1 Bratpfanne mit Stiel oder 2 Griffen, Emaille 2.95

Wirtschaftsartikel

1 Schrubber... 2.95
1 Backform... 2.95
1 Scheuerbürste... 2.95
1 Königskuchenform... 2.95
1 Kopfbürste... 2.95
1 Glanzbürste... 2.95
1 Schere... 2.95

1 Butterglocke u. 1 Zuckerschale hübsches Pressmuster 2.95

2 Vorratsdosen... 2.95

1 Garderobenleiste... 2.95

1 Springform... 2.95

1 Butterdose Porzellan, hübsche Blumenverzierung 2.95

2 Milchtöpfe Porzellan, mit Rosenkante... 2.95

1 Kuchenblech... 2.95

2 Kummern Emaille... 2.95

1 Salatschüssel Porzellan mit Fruchtverzierung... 2.95

2 Milchtöpfe Porzellan, mit Goldrand... 2.95

6 Kaffebecher weiss od. bunt 2.95

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Maria Stuart.
Kammerspiele
8 Uhr: Scheiterhaufen.
Kleines Schauspielhaus
Fasanenstraße 1, Portal 8
7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: Kirschgarten.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/2 U.: Der Marquis von Keith
Freitag: Peer Gynt.
Sonnab.: Marquis von Keith.

Deutsches Künstler-Theater.
7 1/2 Uhr: Liebe.
Freit. u. folg. Tage: Liebe.
Dir. C. Meisner — R. Bernauer.

Theater d. Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Rosmerholm.

Komödienhaus
7 1/2 U.: Die tanzende Nymphe.

Berliner Theater
7 1/2 U.: Blüthenblau Blut.

Casino-Theater.
Zehlfinger Str. 47. Tägl. 7 1/2 u. 8 U.
Nur noch wenige Aufführungen
des Berliner Hohen-Schäfers
Man ladet mal wieder!
Sober das große Oktober-Fest.
In Beth: Die gelbe Gräde.
Sonn. 3 1/2: Ein süßes Nuhn.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Länionsstr.
7 1/2 Uhr. Tägl. Nord 8650.

Kaiserplatz 3, 1 Tr.
Ein lust. Stück m. Musik v. Laubs
v. Müllendorff. Georg. L. Holms
Mittw., Sonnab., Sonn. 3 1/2:
Hansel u. Gretel im Zauberwald.
Märchen m. Gesang u. Tanz.

Trianon-Theater
Bhf. Friedrichstr. 77. 4901, 2891
Nachm. 4 Uhr. kleine Preise:

Rotkäppchen.
Täglich acht Uhr:

Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Ida Wüst. Bruno Kasner.
Emma Dehner. Hugo Flink.
Gonia Klein. Seeböckel.
Freitag 4: Schneewittchen.
Sonnab. 4: Hansel und Gretel.
Sonntag 4: Johannisfeuer.

Theater für Donnerstag, 24. Oktober.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der Troubadour

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Hannerl.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Der Einsame.

Komische Oper
7 1/2 U.: Schwarzwaldmädch.
Stg. 8 1/4: Schwarzwaldmädch.

Leustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater
7 U.: Die Faschingsfee
Sonn. 3 Uhr: Wiener Blut.

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: Der Stralauer Fischzug.

Thalia-Theater.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 8 1/2 Uhr an kl. Preisen:
Die Reise ins Schlaraffenland.
Großes Zaubermärchen mit Gesang und Tanz. (282/30)

Rose-Theater, Gr. Frankfurter Str. 182
Jeden Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Opern-Aufführungen
Leitung Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Sonn. den 27. Oktober **Martha.** Oper in 4 Akten
von Flotow.

Rennen zu Berlin-Karlshorst
Donnerstag, 24. Oktober 1918, mittags 12 Uhr.
7 Rennen i. Werte v. 181 000 M., darunter:
Hauptjagdreifen: 102 000 M.
Preis von Paulsborn: 17 800 M.
Oktoberpreis: 17 800 M.

Fahrt d. Vorortstraße ab. Stadtbahn s. Anschlags
Außer Stadtbahnverb. v. Charlottenb. — Friedrich-
straße nach Niederschöneweide sow. v. Görlitz. Bf. n.
Niederschöneweide, v. hier in 15 Min. ca. zu Fuß
s. Rennb. Karlshorst. Straßenbahnverb. l. v. Schloß.
Bahnh. Gb. Stralau-Treptow n. Oberschöneweide;
s. v. Bahnh. Niederschöneweide nach Rennb. Karlshorst;
s. v. von Alexanderplatz nach Friedrichsfeld;
s. von Friedrichsfeld nach Rennbahn Karlshorst.

Circus Busch
Tägl. 7 1/2, Sonn. 8 1/2 u. 7 1/2
Das große equestrierte
Programm.
Certy-Althoff, neueste
Dressuren, u. a. Fusch, das Akro-
batenpferd.
2 Schw. Carré,
Nymphenspiele z. Pferde.
4 Schw. Kaiser, Jockey.
Peppos lustige Affen-
und Hunde-Dressuren,
der Mann mit den
Karino, eisernen Rippen.
ou. **Oberon** ou.
Phant. Wasser-Pantomime.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Gastsp. d. Friedr.
Wilhelmstäd. Theaters:
Das Dreimäderlhaus.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Donauliebchen.

National-Theater.
1/8 Cöpenicker Str. 68. 7 1/2
**Der große
Operettenerfolg!
Prinzenliebe.**
Operette v. Walter Bromms.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Säng.
Nachmittags ermäß. Preise!
Reichshallen-Saal 7 Uhr:
Großes Blüthen-Konzert.

Admiralspalast.
**Die Prinzessin
von Tragant.**
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Apollo
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7 1/2, Sonn. 3 1/2 u. 7 1/2
**Die Welt
geht unter!**
Große Varieté-Aus-
stattungschaus in
vielen Bildern mit
**Senta Söneland
Ernst Lubitsch**
u. a.
Sonn. 3 1/2 Uhr jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Theater am Kottbuser Tor.
Kottbuserstr. 8. Leit. F. Wagner
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Große Varieté-Schaus.
Dekorationen v. W. H. M.
Zilla. — Ann. Müller-Lincke.
Vorverk. 10 1/2 — 1 1/2 u. ab
5 U. sowie bei Wertheim.

Möbel
jeder Art
preilwert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7.
Nähe Rosenthaler Platz.
Teillzahlung gestattet.

**Frauen-
Heil-Institut**
Berlin W., Potsdamer Str. 85.
Bute Urfolge seit 25 Jahren
Spezialbehandlung
nervöser Frauenleiden.
Krankheiten d. Entwicklung
u. Wechseljahre durch
Massage, Wasserheilvert.,
Costrahl., Electrotherapie,
Kneipenbehandlung.
Dr. med. Lommer, platt. Arzt.
Sprech. 11-1 u. 1-7 außer
Sonnabend u. Sonntag.
Berliner: Kurfürst 4084.
Erk. ärzt. Stelle.
Tropf
durch **Minna Kabe.**

WINTERGARTEN
Trude Heisterberg
Inge Laury
Tegernseer Bauerntheater
Die Rosenknöpt'
sowie der
**neue
Oktober-Spielplan!**

Verkauf in Flaschen an Private.
Meine vorzüglichen Spezialgetränke, ausgezeichnet
durch Wohlgeschmack, Aroma und Bekömmlichkeit,
empfehlen sich als angenehme, wärmende Getränke an
kalten Tagen:

Glühsporn Ia... 1/4-Liter-Flasche 4.20 M.
Hacffo-Glühsporn 3/4 " 2.70 "
" " 2.80 "
" " 2.00 "
Hierzu die Steuer 1 M. pro Liter.
Flaschen bitten unlichst mitzubringen.

Hermann Führer
Hauptgeschäft: Große Frankfurter Str. 91.
Niederlage: Samariterstr. 24. 147L.

**Wermul-
Obst-
Wein** Marke Pollin, süß
Invaliden-
Straße 164 J. F. Rauch, Friedrich-
straße 11.

**MARMOR
HAUS**

2. Uraufführungen!
Sern

Andra
in ihrem Film:
**Auf des Lebens
rauhern Bahn**

Dagny und ihre
zwei Männer
Rose Veldkirch
Regie: Max Mack

5.645.845

Die Grippe und deren Behandlung.

Der Spezialarzt für physikalisch-diätetische Heilweisen Dr. med. Karl Georg Panssch, Oberarzt des Wiener freiwilligen Rettungsinstituts, schreibt in dem Wiener Blatte: „Natürlichere Heilmethoden!“ folgendes:

Nach meiner vielfachen Erfahrung am Krankenbett müssen dieser Krankheit gegenüber besonders folgende Grundzüge gelten:

Vorbeugemittel.

Als Vorbeugemittel gegen die spanische Grippe, übrigens auch gegen zahlreiche andere Krankheiten: Täglich einige Sekunden lang dauernde kalte Ganzwaschung, mit Ausnahme des Kopfes (der ja ohnedies bei der Morgentoilette ganz oder teilweise kalt gewaschen wird), am besten, besonders für Nichtabgehärtete, im warmen Bette, so daß der Gewaschene nach der Waschung noch ungefähr eine Stunde lang oder länger im warmen Bette verweilt, um sicher wieder in richtige Wärme und Trockenheit gelangt zu sein. Für Personen, die sich schwer erwärmen, gibt man dem Wasser etwas Salz oder Essig bei. Für alle diese Waschungen ist Nichtabtrocknen besonders zu empfehlen. Durch solche Waschungen wird, wie man sich ausdrücken könnte, der Körper des Menschen tägl. ein klein wenig verflüchtigt, jedoch in einem so geringen Grade, daß er immer wieder die entsprechenden Schutzkräfte und Schutzstoffe dagegen zu entwickeln vermag, so daß er schließlich auch gegen größere Kälteattacken geschützt ist.

Die Kleidung soll nicht zu warm und nicht zu kühl sein. Gutes Schuhwerk ist besonders nötig. Oftmals (besonders vor dem Essen) Hände und Gesicht waschen, Mund ausspülen und Zähne putzen!

Genügenden Schlaf (nicht zu wenig, nicht zu viel!) Täglich Stuhl (eventuell im Notfall Entleerungsbirrigation, doch nicht angewöhnen!)

Weitere Vorbeugungsmittel: Vermeidung des Verkehrs mit Grippekranken; falls dies aber nicht möglich wäre, dann möglichsie Verhütung der sogenannten Tröpfcheninfektion, damit man nicht durch die ausgeatmeten Tröpfchen, welche viele Grippebazillen beherbergen, infiziert werde; aus diesem Grunde besondere Vorsicht beim Gebrauch der Sprechmaschine der öffentlichen Telefonstellen. Täglich Bewegung in frischer Luft, besonders viel Aufenthalt im Sonnenschein. Selbsttätig öftmalige Lüftung der Wohnräume, Vermeidung großer Menschenansammlungen (Kino, Theater usw.).

Behandlung.

Wenn jemand aber von der spanischen Grippe befallen worden ist (plötzlich einsetzendes hohes Fieber, hoher Puls, Kopfschmerz, Schmerzen in den Beinen, Schnupfen, Husten, Lungen- und Rippenfellentzündung Appetitlosigkeit, Erbrechen, Durchfall, diese zwei letzteren Erscheinungsarten besonders bei weiblichen Personen, Gehirnerscheinungen, z. B. mehr oder weniger starke Benommenheit usw.), so geht man am besten auf folgende Weise vor:

Bett und Arzt.

Am empfehlenswertesten ist sofortiges Auffahren des Bettes nach Auftreten der ersten Symptome der spanischen Grippe. Stets sollte gegen spanische Grippe der Arzt konsultiert werden.

Waschungen und Widel.

Belämpfung des eingedrungenen Bazillengiftes und des Fiebers, und zwar dadurch, daß man einerseits, sobald Schwitzen eingetreten ist und selbst einige Zeit (20—30 Minuten) gewährt hat, eine kurze kühle Ganzwaschung des Körpers vornimmt und sich hierauf, ohne sich abzutrocknen, wieder gut bedeckt, bis man neuerdings ins Schwitzen gekommen ist, nach ungefähr einer halben Stunde Schweiß nimmt man wieder eine neue Waschung vor und so fährt man fort, bis das Fieber vollständig gebrochen ist. Hierauf nimmt man bloß feinerer Ganzwaschungen, z. B. ein- bis zweimal täglich vor. Will man eine stärkere Reaktion bewirken, so nimmt man zum Wasser etwas Salz oder Essig, wodurch lebhaftere Säureströme nach der Körperoberfläche gezogen werden. Wenn der Körper ohnedies schon von früher her latenterhaftig oder sonst irgendwie von schlechten Stoffen mehr oder minder durchsetzt ist oder falls manche Organe, wie z. B. Nieren, Leber oder Darm, nicht gut funktionieren, so ist es von besonderem Werte, die Waschungen mit Rumpfwidel zu verbinden. Diese Rumpfwidel bestehen darin, daß man je nach der minderen oder größeren Höhe des Fiebers den Rumpf (von den Achselhöhlen bis in die Schenkelbeugen) rund herum mit einem feuchten Tuche (in frisches Wasser, eventuell in frisches Essig- oder Salzwasser getaucht; empfindsamere oder furchtbarere Naturen dürfen auch geschändetes, ja auch laues Wasser gebrauchen) ein- bis viermal umwindet und das Ganze mit einem

trochenen Leinen- oder Wolltuche gut umschließt, so daß bald wieder Wärme entsteht. Solche Widel bleiben je nach der Höhe des Fiebers und ihrer Umhüllung usw. so lange Zeit liegen, bis sich wieder zu große Hitze entwickelt. Nun wird er entfernt und eine kurze kühle Ganzwaschung des Körpers vorgenommen, hierauf tritt je nach der Höhe des Fiebers eine ein- bis zweistündige Pause ein; sobald sich aber wieder unangenehme Wärme entwickelt hat, wird wieder eine weitere Widelung oder nach Abnahme dieser Widelung wieder eine weitere Ganzwaschung vorgenommen. Ist das Fieber vollständig beseitigt, so darf man mit diesen Prozeduren noch immer nicht ganz aufhören.

Dämpfe (doch mit Vorsicht!).

In so manchen Fällen entfaltet es außerordentlich günstige Wirkungen, falls man Dämpfe in Anwendung bringt, z. B. Mandel-, Heil- und Brustdämpfe (mit etwas Kochsalz, Peppol, Veilchenblättern, Spitzwegerich) oder gegen katarrhalische Affektionen des Kehlkopfes, der Bronchien und der Lunge. Bei Beginn von Lungen- und Rippenfellentzündung wirken diese Dämpfe ausgezeichnet, jedoch auch bei vorgeschrittener Lungen- und Rippenfellentzündung entfalten sie oft vorteilhafte Wirkungen. Freilich müßte es als ein großer Fehler bezeichnet werden, sobald man nur die Dämpfe allein gebraucht; es ist in solchen Krankheitsfällen stets notwendig, die Dämpfe mit einer bedeutend größeren Anzahl von kalten Anwendungen zu kombinieren, so daß einerseits zwar die guten Eigenschaften des Dampfes auf den Körper einzuwirken vermögen, andererseits indes die eventuell schädliche Wirkung des Dampfes (Erwärmung des Organismus und Erhitzung) durch die kalten Anwendungen wieder wettgemacht werden.

Essen und Trinken.

Essen nur, wenn wirklich guter Appetit vorhanden ist und in diesem Falle nur milde Speisen und diese in bloß mäßiger Menge! Trinken nur, wenn sich Durst zeigt, oftmals, aber nicht zuviel auf einmal, z. B. bloß jede Viertel bis halbe oder ganze Stunde 1 bis 2 bis 3 Tschelken voll Wasser; nur bei sehr großem Durst mehr, aber doch nicht viel auf einmal!

Luft und Sonne.

Ferner ist notwendig: Gute Luft im Krankenzimmer durch stetes öftmaliges Lüften, möglichstes Einwirkenlassen des Sonnenscheines auf den Kranken und dessen Krankenzimmer, nicht zu frühes Aufstehen; nicht darauf beruhen, daß infolge der Grippe alte Krankheitszustände leicht wieder auflösen und sich verschlechtern.

Komplikationen.

In vorstehenden Zeilen sind nur die hauptsächlichsten Richtlinien angeführt; während jeder Krankheit können sich verschiedene Komplikationen einstellen, die besondere Maßnahmen erfordern. Solche Komplikationen sind z. B. Entzündung des Mittelohrs, Herzbeutel, Rippenfell, der Lunge.

Weltgrauen.

Zur Auskellung der Berliner Sezession.

Es ist eine landläufige, aber keineswegs gefestigte Wahrheit, daß große Kunst immer zeitlos ist. Sie ist dies zweifellos insofern, als sie alle Zeiten überdauert und so den Nachgeborenen verständlich bleibt. Aber sie ist es ganz gewiß nicht, wenn damit gesagt sein soll, daß sie mit der Zeit ihres Entstehens, mit der Art und dem Schicksal ihrer Umwelt nichts gemein habe. Da gilt das Gegenteil: Große Kunst ist der Ertrag ihrer Zeit, ist diese Zeit auf die innigste Formel gebracht, ist die innigste Konzentration alles Wesentlichen der Zeit. Nun scheint es aber so, als ob nicht alle Zeiten gleichmäßig sich künstlerisch erschöpfen lassen. Zuweilen hat man den Eindruck, als ob jene letzte Formel um so weniger gelangt und um so stärker schwant, je unruhiger eine Zeit ist. Je mehr sie erfüllt ist mit Abenteuern, mit Gewaltausbrüchen, mit Blutgefähe und Katastrophen. Ganz große Kunst scheint nur aus ebener Zeit erwachsen zu können. Der dramatische Wirbel der Ereignisse läßt nicht jene urzeugende, gefäßigte Ruhe entstehen, jenen abklärenden Abstand, jene kritische Durchdringung und umfassende Gesamtüberlegung, kurz nicht die Lebenslust des großen Künstlers. Chaotische Zeiten zeigen zwar mit schlagender Heftigkeit den Künstler als empfindsamen Deuter, aber gerade darum gebrannt mit dem Mal der vergänglichsten Erregung, der aufgereiztesten Spannung, des Jervählten, des Ungläubigen, der Masochisten, des Umberirrenden. Es kann kein Wunder nehmen, daß die Künstler, die sich von der Gegenwart dieser Ära abheben, erarreten liegen, so dem Schicksal

al verfallen: sie sind brüchig in der Linie, sie fallen und knittern die Fläche, sie trüben die Farbe, sie sind gereizt bis zur hysterie, unglücklich bis zum Selbstmord und ausgelassen bis zum Cancan aller Laster. Sie suchen nicht das Gleichgewicht, sondern die Karikatur, die gerierliche Hervorhebung von Einzelheiten. Sie sind mehr interessant als überzeugend, mehr Illustration als Form, mehr Psychologie als Geist. Sie sind durch alles das naturgemäß sekundär, aber doch für das Erfassen der Zeit unentbehrlich. Romantiker, Nazarener, bald fromm, bald heidnisch, bald erotisch, bald asketisch, aber jedenfalls immer noch etwas nebenbei und nie nur Maler, nie naiv, nie die zweite und höhere Gattung der Natur.

Solche Betrachtungen drängen sich einem auf, wenn man durch die vor einigen Tagen eröffnete Ausstellung der Berliner Sezession geht. Sie werden besonders gewandt vor den Arbeiten der zeitlich mitbewegenden Temperamente wie Erich Wastl, Wilhelm Kollhoff, Bruno Straußkopf, Franz Bendorf. Von Erich Wastl sieht man eine große Leinwand: Chaos. Ein bräunlicher Protekt gegen den Wahnsinn des organisierten Fortschritts. Die Erde hebt von den Schandtatzen der Menschheit, Bruder erschleibt den Bruder, Verwundung strukt aus den Trümmern, ein böder, giftiger Wolfsgott verdunkelt den Himmel und peitscht die Menschennarren zur Selbstzerfleischung. Wastl wird es und kaum abelnahmen können, wenn wir vor seinem Wude zum mindesten für einen Augenblick an den belgischen Stier, den Oberregisseur aller Schreckensklammern, denken. Dennoch: wir stehen vor einem Dokument der Zeit, das wirksam ist, als es lautenb Zeitartikel sein können. Indessen, es ist gar nicht notwendig, daß der Zeitinhalt so handgreiflich zur Darstellung kommt; es genügt ein Bildnis, es genügen einige Blumen, einige Körper, um das unter Erschütterungen sich krümmende Tagesgefühl zum Ausdruck zu bringen. So flieht und tropft und spritzt aus Kollhoff's Menschlichem das Zeitgrauen. Symbole des Jammers, Gefährde der Räuberei, schwanen diese Figuren aus dem Unerschütterlichen ins Ungewisse. Järe Finger trauen sich, als suchten sie Halt am Nichts. Auch bei Straußkopf dampft die Verweilung. Seine Art zu malen ist Plagelantismus. Marierung des Leibes und der Seele. Andere ähnliche Zeiten haben das, was Straußkopf empfindet, durch Kegerbrand und Regenmarter ausgelöst. Er läßt ein Begräbnis an uns vorüberziehen, einen gepeinigten Zug, ein gelbes Kirchhofsgelächter. Man erinnert sich an Crivelli, Greco, Ruben und andere spanische Bartermaler, aber auch an Heinrich Heines Graberfrau: als Rinaldo Rinaldini, Schinderhannes Delantini... He d e n d o r f zeigt, daß solche Verweilung auch an einem harmlosen Blumenstrauß sich üben kann. Die Blumen bekommen Grimassen, die Stängel biegen sich, steigern sich, durch die Blätter fließen Krämpfe.

Allen diesen Malern ist eigentümlich, daß sie tintige Farben anwenden, Schwefelgelb, Grünblau, Kupferrot, die Farben der Dämmerung, des Düstes, der Zerlegung, des Grauens und der Verzweiflung: die Farben der Zeit. R. Br.

Notizen.

— Eine Papyrus-Ausstellung ist im Neuen Museum eröffnet.

— Die Frauen und das Kunstudium. Jetzt wo so viele Höpfe fallen, wird man den Frauen endlich auch den bisher verweigerten Eintritt in die Kunstakademien gewähren müssen. Der Preussische Landesverein hat in dieser Sache eine Einnaabe aus preussische Kultusministerium gemacht. Die alten Bodenblätter von Einwänden, etwa daß Männer und Frauen nicht zusammen nach dem nackten Model arbeiten könnten oder daß eine Vererbung des Kunstproletariats eintrete — als ob nicht die Proletarstellung des gesamten Volkes von Tag zu Tag fortschritte — wird man ja wohl nicht mehr vorzubringen wagen.

— Gerettete Kunstwerke. Die umfangreichen und sehr wertvollen Kunstschatze aus den Gebieten von Cambrai, Douai und Valenciennes, die teils Museen, teils Privatbesitz entstammen, sind erhalten geblieben. Um sie der Möglichkeit einer Zerstückung durch Beschädigung zu entziehen, hat sie die deutsche Heeresleitung unter sachkundiger Leitung verpacken lassen, nachdem genaue Inhaltsverzeichnis aufgenommen worden waren. Sie sind inzwischen nach sicheren Orten gefahrt worden, von wo aus sie nach dem Kriege ihren Besitzern unverändert zurückgegeben werden sollen.

— Das größte geschriebene Buch der Welt ist eine Pergamentbibel aus dem 14. Jahrhundert. Sie befindet sich in der Königl. Bibliothek zu Stockholm. Das Buch wurde von dem Benediktiner Mönch Eskil in Kloster St. Margareth in Böhmen hergestellt. Im 17jährigen Kriege wurde es von den Schweden als Beute mit nach Stockholm genommen.

Lodz. Das gelobte Land.

Roman von W. Si. Raymond.

Herr Karl, Frau Wysocka will schon gehen. Vielleicht begleiten Sie uns.“ Sie verabschiedete sich sehr zeremoniell von Naba, die den Begleitenden mit den Augen durch die Zimmerluft folgte.

„Wollen wir dann auch gehen, Fräulein Mela?“ ließ sich Wysocka vernehmen und ging Melas Tante suchen, die in der Stille eines Salons schlummerte. Auf dem Rückweg begegnete er seiner Mutter.

„Wir gehen schon, kommst du mit?“

„Nein, ich muß Fräulein Grünspan begleiten.“

„Kann Fräulein Grünspan nicht wer anders begleiten?“

„Nein, Fräulein Grünspan kann nicht wer anders begleiten.“ erwiderte er mit Nachdruck.

Sie blickten sich erbittert an. Die Augen der Mutter erglänzten scharf, und in den Augen des Sohnes lag große Ruhe und Entschlossenheit.

„Kommst du bald zurück? Anka ist bei uns, auch Woro-wiecki, soll ich mit dem Tee auf dich warten?“

„Besser nicht, ich muß noch zu Wendelsohns gehen.“

„Wie du willst... wie du willst...“

Sie beherrschte sich nur mühevoll, reichte ihm nicht die Hand zum Kusse und ging.

Wysocki beachtete es nicht. Er half Mela beim Anziehen.

„Fahren wir zu Rosa?“

„Wir fahren zu Rosa, wir fahren, wohin Sie nur wollen, bis ans Ende der Welt.“ rief er innig.

„Die Worte fliegen weiter als die Absichten, und die Absichten weiter als die Möglichkeiten.“ flüsterte sie leise. Die Stille des Sonntagabends brachte sie wiederum zum Bewußtsein und erinnerte sie an ihre nicht lange vorher gefassten Entschlüsse.

„O nein, ich nehme meine Worte nicht zurück, nehmen Sie mich und führen Sie mich an die Grenzen aller Möglichkeiten.“

Er ergriff zitternd ihre Hand.

„Einstweilen fahre ich Sie bloß zu Rosa.“ Sie hielt seine Hand fest.

„Und später?“ fragte er leise, ihr tief in die Augen schauend.

„Morgen gebe ich Ihnen die Antwort darauf.“ Sie blickte weg, auf die trabenden Pferde.

Die Tante schlummerte auf dem Vorderstuh und nicht heftig.

Wysocki und Mela fühlten, daß ein entscheidender, unwägbare Augenblick auf sie zuschritt; es mühte gleich ein Wort fallen, das ihnen schon lange im Herzen klang, das so lange zurückgehalten und doch so lange schon erwartet wurde.

Mit klaren Blicken schauten sie sich an und versanken ineinander bis in die Tiefen ihrer geheimsten Gefühle; nach jedem Blick standen sie sich näher und gaben sich mehr hin.

Ihren Entschluß hatte Mela nicht vergessen. Sie ahnte die ganze grauenhafte Notwendigkeit und die grauenhafte Bitternis und das Leid, ließ sich aber gleichzeitig vom Hauber des Stromes tragen, der durch ihre Herzen floß und in Gehirn und Blut eine lähmende, seltsame Wärme ergoß.

Schauernd vor Glück wartete sie auf seine Worte und wußte genau, auch sie würde ihm alles sagen, ihre ganze Liebe ausdrücken.

Unbegreifliches Verlangen packte sie, das Glück bis zur Reize zu trinken, restlos bis zur Reize.

Sie wollte sich fortsetzen lassen, toll und wahnsinnig, ohne Rücksicht darauf, was der morgige Tag ihr bringen würde, oder vielleicht gerade deshalb, weil sie wußte, was er ihr bringen würde. Den einen Abend noch, den einen Augenblick!

Sie hielt seine Hand fest, preßte sie sich ans Herz und schaute mit glückstrahlenden Augen in die Ferne.

„Mela...“

Der leise, durchdringliche Klang durchfuhr sie wie eine glühende Schmelze.

Sie schloß die Augen. Wie ein geängstigter Vogel flog ihr Herz auf und schlug heftig und gewaltig gegen ihre Brust. Eine solche Glückseligkeit überslutete ihre Seele, daß sie kein Wort hervorbringen konnte, bloß mit den Rundwinkeln lächelte.

„Mela!... Mela!...“ Er wiederholte es leiser, mit veränderter Stimme, und zog sie an sich.

Fast flanglos flüsterte sie:

„Still! Still!...“

Ihr Gesicht wurde leichenblau, der Atem stockte.

„Mela, hast du's nötig, heimzufahren?“ ließ sich die plötzlich aufgewachte Tante vernehmen, mußte aber die Frage mehrmals wiederholen, bis Mela sie verstand.

„Rein — fahr du nur nach Haus! Ich geh' noch zu Rosa hinauf.“

Vor dem Wendelsohnschen Palais stiegen sie aus.

Rosa ging ihnen entgegen, blickte sie sehr neugierig an und ließ ironisch die Flut von Melas Zerklichkeiten über sich ergehen.

Auf dem einen Beine hinkend und sich in den breiten Hüften wiegend, führte sie die beiden in das schwarze Boudoir.

„Was ist das für ein Gesang?“ fragte Wysocki. Von oben drang aus Schajas Wohnung das hellbel monotone Klänge und zerfiel in der unteren Wohnung.

„Sie singen bei Vater. Jetzt geht es schon immer so zu. Ich bin wirklich sehr bedorgt. Schon seit ein paar Monaten, gleich nach dem Tod des alten Buchholz, betet Papa fortwährend, jeden Tag kommen Synagogengänger und singen fromme Lieder. Das ist unnatürlich. Dana hat er auch einmal zu Stanislaw gehöhert, er möchte noch vor seinem Tode ein Aghl für Krüppel und Arbeiter aus seiner Fabrik gründen. Das ist ein sehr schlechtes Symptom. Stanislaw hat auch gleich nach Wien nach einem Spezialisten telegraphiert.“

„Ja, das ist interessant.“ sagte Wysocki, hörte aber nicht auf Rosas Worte. Er ätzerte vor Erregung und warf Mela, die in das anstoßende Boudoir ging, verzehrende Blicke nach.

„Was seid ihr beide denn so verwirrt? Gabt ihr euch etwa schon gesagt, wie lieb ihr euch habt?“

„Veinabe, beinabe. Aber, Sie helfen uns, nicht wahr?“

Er küßte ihr die Hände.

„Hast du sie sehr lieb? Sag's?“ fragte Rosa neugierig und wußte ihm den Schweiz von der Stirne.

Mit solchem Ungestüm und solcher Leidenschaft begann Wysocki ihr seine Liebe anzumalen, daß Rosa erstaunt zu ihm aufblickte. Sie hatte nicht gedacht, daß er eines so glühenden Gefühls fähig wäre, hörte ihm aber neugierig und voll Teilnahme zu. Aber in ihrem Herzen begann ein unerklärliches Leid zu wühlen. Als Mela wieder zurückkam und sich neben Wysocki setzte, erhob sie sich sorglos und ging.

„Ich habe alles gehört, was du Rosa erzählt hast.“ Mela umarmte ihn innig und preßte die glühenden, dürstenden Lippen auf seinen Mund. „Ich hab' dich lieb!“ flüsterte sie, sich für einen Augenblick von ihm losreißend.

(Fortf. folgt.)

Fortsetzung der Reichstagsdebatte.

194. Sitzung, Mittwoch, den 23. Oktober, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundsratstisch: von Bayer, Trimborn, Dr. Solf, Graf Noebers, Gröber, Hausmann, Scheidemann, Erzberger, v. Krause, Schiffer, Scheuch.

Beratung der Gesetzentwürfe zur Abänderung der Reichsverfassung

wird fortgesetzt.

Abg. Haase (l. Soz.):

Die Weltrevolution, die der Krieg eingeleitet hat, hat eine fürmische Entwicklung genommen. Der deutsche Imperialismus hat das Spiel vollständig verloren. (Sehr wahr! bei den l. Soz.) Ueber einen Frieden, der den deutschen Imperialismus zerstört, aber den anderen Länder stärkt, empfinden wir nicht Befriedigung. Es wäre mit uns ganz anders bestellt, wenn schon im Frühjahr 1915 die ersten Friedensfäden, die sich zwischen England und Deutschland entspannen, nicht abgerissen worden wären. (Sehr wahr! bei den l. Soz.) Aber damals wurden wir beschimpft und unsere Behauptungen für falsch erklärt. Als ich im Frühjahr 1916 aussprach, der Krieg werde damit enden, daß es weder Sieger noch Besiegte

geben wird, sondern daß alle Völker aus Millionen Wunden bluten werden, wurde ich beschimpft und namentlich auch von den Herren der Sozialdemokratischen Partei. (Sehr wahr! bei den l. Soz.) — Sturm. Widerspruch bei den l. Soz. und Zuruf: Wo war die Lüge! Daß Sie die Stirne haben, dokumentarisch belegte Tatsachen durch Gelehrte aus der Welt schaffen zu wollen, das kennzeichnet Sie. (Murren bei den l. Soz.) Dr. David warf mir damals an den Kopf, ich vertrete die Interessen des Auslandes. Sie wären heute glücklich, wenn die Situation, die ich damals kennzeichnete, noch bestünde. Aber mit dem Moment, wo Sie den 11. Voot-Krieg erklärten, stimmte die Prognose nicht mehr. Jetzt suchen ja die meisten Parteien von dem verschärften 11. Voot-Kriege abzurücken. Es ist richtig, daß die Regierungssocialisten im letzten Augenblick vor ihm gewarnt haben. Aber alle Parteien mit Ausnahme meiner Fraktion sind am letzten Ende mitschuldig an diesem Ergebnis. Denn die erste 11. Voot-Resolution ist von den Herren Graf Westarp bis Scheidemann und Ebert gefaßt worden. Und jeder muß einsehen, daß die Konsequenz dann zum verschärften 11. Voot-Krieg führt. An dem eingetretenen Zustand tragen Sie auch deshalb die Hauptschuld, weil Sie dem alten System bis zum letzten Augenblick die Mittel zur Fortsetzung des Krieges bewilligt haben. (Sehr wahr! bei den l. Soz.) Sie berufen sich auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Diese sollte wirklich endlich begreifen sein! Denn wie sie in Einklang zu bringen ist mit den Wilson'schen Grundsätzen, ist Ihr Geheimnis. Wie sie aufzufassen ist, kann man lediglich durch die Art ihrer Anwendung bei den Friedensverträgen von West-Litowka und Bukarest bestimmen, und Herr Erzberger hat mir gegenüber hier im Hause erklärt, daß diese Friedensverträge im Rahmen dieser Resolution geschlossen sind. (Hört, hört! bei den l. Soz.)

Die gestrige Rede des Reichskanzlers hat ebenso enttäuscht wie seine erste Rede. In der ganzen Welt fragt man gespannt: Wird der Waffenstillstand kommen? Draußen an der Front bricht überall das Verlangen durch: Schluß mit dem grauenhaften Krieg! Man versteht es nicht, daß die Regierung auf die letzte Note Wilson's eine Woche gebraucht hat, um eine Antwort zurechtzustellen. Es ist in den Zeitungen von vielen Seiten darauf hingewiesen worden, daß das Angebot entsprungen ist

der Initiative von Hindenburg und Ludendorff.

Es ist nicht aus der Initiative der neuen Regierung hervorgegangen, die alte Regierung hatte den ersten Entwurf bereits fertig gestellt. (Hört, hört! bei den l. Soz.) Ist das aber der Fall, so ist es unbegreiflich, wie nicht alles geschieht, um schnell zum Waffenstillstand zu gelangen. Jedes weitere Blutvergießen ist ja selbst vom militärischen Gesichtspunkt aus völlig unnütz und sinnlos. Deshalb mußte das Waffenstillstandsangebot ganz anders lauten.

Noch in allerletzter Zeit hat in Elsaß-Lothringen Freiherr v. Stein, Kommandant von Bismarck, unter dem 8. Oktober eine Verfügung anfragen lassen, worin es heißt: „Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß in Elsaß-Lothringen die Ansicht verbreitet ist, das Land werde bei einer etwaigen Offensive unserer Feinde ohne weiteres überlassen werden. Diesen unheimlichen Gerüchten trete ich nachdrücklich entgegen. Wir werden keinen Aufbruch in Elsaß-Lothringen dem Gegner überlassen. Eher wird das Land das Schicksal der Kampfgebiete in Frankreich teilen, und zu einer Trümmerstätte werden.“ (Hört, hört! bei den l. Soz.) Diese Ansicht mußte auch noch den letzten Rest von Sympathie für Deutschland aus den Herzen der dortigen Bevölkerung herausnehmen. Auch in der 11. Voot-Frage ist die Note nicht klar und bestimmt genug. Nach dem Mißerfolg des verschärften 11. Voot-Krieges hätte man von vornherein erklären müssen, daß wir im Hinblick auf die bevorstehenden Waffenstillstands-Verhandlungen den 11. Voot-Krieg ganz einzustellen entschlossen sind.

Schon Engels hat als Folge eines Weltkrieges Hungernot, Seuchen, Bankrott, allgemeinen Sturz der Kronen und schließlich den Sieg der Arbeiterklasse vorhergesehen.

Jedes Wort ist zur Wahrheit geworden. Und Sie (nach rechts) sehen schauernd, wie diese Kräfte zerbrechen. In Ihrer Verlegenheit lassen Sie es sich gern gefallen, daß Vertreter der Arbeiter mit Ihnen zusammen in die Regierung eingetreten sind, um zu retten, was an diesem System zu retten ist. (Sehr wahr! bei den l. Soz.) Die Kronen sollen auf das Maßwerk, die Krone des Hohen Nibelungen, die Krone des Hohen Nibelungen, die des österreichisch-ungarischen Kaisers! Kronen, die man schon zu erbeuten glaubte, sind wie Staub im Winde schnell davonweht. Die Krone von Finnland, Litauen usw. Rings um uns herum tun sich Republiken auf und da soll Deutschland allein, umgeben von Republiken, und einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Kränze! (Murren, Lachen, Applaus.) — Präsident Heubach: Ich bitte um Ruhe! — Zuruf rechts: Wir sind wohl nicht mehr eine Monarchie! Es sind bürgerliche Blätter, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“, das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“, die es als Selbstverständlichkeit bezeichnen haben, daß der Träger der preussischen Krone,

der deutsche Kaiser sein Amt niederlegt.

Eine Reihe anderer Blätter haben viel deutlicher nachgefordert, daß die Dynastie in Deutschland republikanischen Einrichtungen Platz machen müsse. Gerade in den Kreisen der Konservativen wird am deutlichsten davon gesprochen, daß man schließlich um der Hohenzollerndynastie willen nicht das Schicksal des ganzen Volkes aufs Spiel setzen dürfe. (Abg. v. Graefe: Wo hat das gestanden?) Ich habe nicht von konservativen Blättern gesprochen. Tak aber in Ihren Kreisen ist gerade wird, beständigen Ihre früheren bürgerlichen Freunde, die es vielleicht bald wieder sein werden. Alles, was bisher an innerer Umformung versucht wird ist elendes Nidwerk. Redner bespricht eine Anzahl Zeitungsverbote der letzten Wochen.

Wir haben am 14. Oktober dem Reichskanzler eine größere Zahl dieser Fälle mitgeteilt. Am 20. Oktober haben wir vom Staatssekretär Gröber ganz nach altem Schema die Mitteilung erhalten, daß mein Schreiben dem Herrn Obermilitärbefehlshaber zur weiteren Veranlassung übergeben sei. (Große Heiterkeit bei den l. Soz.) Noch jetzt besprechen Rednerverbote auch gegen Mitglieder

dieses Hauses. Der „Sozialistische Auslands-Korrespondenz“ ist ein Artikel vollständig gedruckt worden! Die Vorzensur besteht auch unter der neuen Regierung noch. Ein Besuch des „Berliner Mitteilungsblattes“ um Aufhebung der Vorzensur ist noch unter dem 10. Oktober ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden. Der „Leipziger Volkszeitung“ ist es noch heute unmöglich, ins neutrale Ausland zu gelangen. Das Ausfuhrverbot über das Buch von Rehring über Karl Marx, an dem die Zensur nach monatelanger Prüfung kein Wort zu streichen gefunden hat, ist erst neuerdings befristet worden. Ebenso ist eine Schrift Karl Kautskis monatelang bei der Zensur zurückgehalten worden, und jetzt hat man ihm schließlich Titelblatt, Inhaltsverzeichnis und Einleitung freigegeben. (Heiterkeit.) Auch aus unsere Eingabe um die Herausgabe einer neuen Tageszeitung in Berlin haben wir von der neuen Regierung nach alter bürokratischer Methode den Bescheid erhalten, daß die Angelegenheit den zuständigen Stellen übergeben sei. Noch immer ist in Königsberg der verhängnisvolle Belagerungszustand nicht aufgehoben, noch immer besteht überall die offene und geheime Briefzensur fort. Frau Agnes in Düsseldorf ist wegen verminderter Befähigungsgemeinschaft mit einer brieflichen Ausweisung ihres Mannes auf 6 Monate in Schutzhaft gesteckt worden. (Murren.) Noch immer werden Tausende von Arbeitern lediglich aus politischen Gründen im Heere festgehalten. Eben erst ist unter dem neuen Regime auf ausdrücklichen Befehl des Oberkommandos ein rekrutierter Großunternehmer plötzlich eingezogen worden, weil sein Bruder mit dem Herrn v. Beerfeldt verkehrt hat. (Hört, hört! bei den l. Soz.) Wir fordern ein umfassendes Amnestiegesetz; das Verlangen danach hat zuerst die Unabhängige Sozialdemokratie erhoben. Entschliche Notstände bringen zu uns von den Matrosen aus dem Juchthaus in Celle. Mehrere sind bereits infolge Hungers zugrunde gegangen.

(Bewegung.) Andere leiden so schreckliche Qualen, daß sie lieber wünscheln, wie ihre Kameraden erschossen zu sein. Welch bitteres Gefühl muß Männer wie Dittmann und Liebknecht beherrschen, wenn man ihnen Gnade gewährt, während sie ihre Befreiung durch das Volk erwarten. Andere, die dasselbe taten wie sie, sind nicht begnadigt.

Die hier eingebrachten Verfassungsvorlagen sind nur Plüden auf dem absolutistisch-bürokratischen Mantel. (Sehr wahr! bei den l. Soz.) Die Verfassung muß von Grund aus geändert werden, denn ein mächtiger Wirbelsturm geht durch die ganze Welt. Für Wilson sind wir keineswegs begeistert; wir glauben nicht, daß der Wilsonfriede die Arbeiterinteressen genügend sicherstellt. Wir fürchten, daß, wenn die Regierungen sich endlich auf dem Friedenskonferenz geeinigt haben, sie gemeinsam die russische Revolution unterdrücken werden. Der gegenwärtige Reichskanzler hat in einem Interview derartiges zu andeuten. Wir billigen keineswegs alle Maßnahmen der russischen Revolution, aber wir müssen es entschieden verurteilen, wenn man jetzt der Sowjetrepublik in den Rücken fällt. Den Dänen gegenüber fordern wir die enbliche Erfüllung des Artikels 5 des Prager Friedens. In der elsaß-lothringischen Frage kann nicht die Sprachgrenze, nicht die Stammeszugehörigkeit, sondern nur der Wille der Bevölkerung entscheidend sein. Unseren französischen Freunden kämpfen wir dagegen an, daß Frankreich durch das Schwere Elsaß-Lothringen zurückerobern will. (Hört, hört! bei den l. Soz.) Die elsaß-lothringische Bevölkerung muß selbst darüber entscheiden, welchem Staat sie angehören will. Das gleiche gilt für die deutsch-polnischen Grenzgebiete. Deutsche und Polen müssen gemeinsam alles vermeiden, was die beiden Nationen durcheinander hegen kann. Es wäre ein Unglück, wenn durch nationalistische Aspirationen die Verbindung Österreichs mit den anderen Teilen des Reiches unterbrochen würde. Entscheidend muß sein, was die Bevölkerung will, nicht was einzelne Polen hoffen und wünschen.

Wir bilden trübe in die Zukunft wegen der schweren Leiden des Volkes und wegen der fortwährenden unerlöschlichen Kriegslasten. Aber gleichviel wie der Krieg endet, das deutsche Volk wird nicht untergehen. Rettung aus Not, Elend und Unterdrückung kann es freilich im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht finden. Die gesamte Produktion läßt sich ungenügender steigern, wenn an Stelle der Wirtschaft des Profits die sozialistische Wirtschaftsordnung tritt. Deutschland ist dazu viel reifer als Rußland. Von der Rühmtheit und Entschlossenheit der deutschen Arbeiter, freilich auch der Arbeiter anderer Länder, hängt es ab, ob die Umwälzung bald erfolgt oder wir noch schwere Elendzeiten durchmachen müssen. Lehten Endes wird aus dem Elend doch die volle Befreiung der Menschheit hervorgehen. (Bravo! bei den l. Soz.)

Vizekanzler von Bayer:

Die antimonarchischen Extravaganzen des Vortredners weise ich zurück, es ist jetzt nicht Zeit, zu derartigen Problemen Stellung zu nehmen. Von der rechten Seite hat man uns zum Vorwurf gemacht, wir treiben das Vaterland durch überführte Reformen einem Abgrund zu, wo links, wir führen nur schwächliche Reformen durch. Vielleicht liegt die Wahrheit auch hier in der Mitte. Die praktischen Tragweiden der Reformen werden sich erst in Monaten, vielleicht Jahren zeigen. Immerhin hat noch kein Volk in so kurzer Zeit solche Reformen ohne jede Erschütterung in so besonnener und ruhiger, fast geschäftsmäßiger Weise durchgeführt. Das konnte deswegen geschehen, weil es sich um alle Forderungen zielbewusster Männer handelte, die viel zu lange nicht erfüllt wurden und für die spätestens jetzt der richtige Augenblick war. Der konservative Redner machte uns zum Vorwurf, daß wir eine Mehrheitsregierung, keine Koalitionsregierung hergestellt haben. Voraussetzung für eine Koalitionsregierung ist, daß sie erfüllt ist von einem einheitlichen, klaren, alles überregenden Ziele, dem alle anderen Meinungen und Bestrebungen sich als verhältnismäßig unbedeutend unterzuordnen haben. Hätten wir nun einen konservativen Parlamentarier aufgenommen in die Regierung, so wären wir wohl einig in dem Entschluß, das Vaterland mit äußerster Kraft zu verteidigen. (Zuruf rechts: Das ist die Hauptsache.) Nicht einig wären wir über den Inhalt des Friedens, über den Weg zu ihm, über die Befähigungsfähigkeit, mit der man ihn erreicht und nicht einig über die Reformen. (Sehr gut! bei den l. Soz.) Eine solche Regierung könnte kein Vertrauen erwerben, und gerade Vertrauen brauchen wir. Gerade deswegen können wir in der Regierung niemanden brauchen, der für einen Anhänger eines Gewaltfriedens paßt. Man denke nur, Graf Westarp hätte seine gestrigen Ausführungen über den 11. Voot-Krieg als parlamentarische Staatssekretär gemacht. Ein Friedenshindernis ist auch das Vertrauen des Auslandes in unsere Demokratisierung, und dieses Hindernis müßten wir beseitigen. Wir brauchen

eine unabweisbare christliche und gerade Politik.

(Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Der Schmerz der Konservativen ist begreiflich, daß sie, nachdem 40 Jahre lang die Mitglieder der Regierung aus konservativen Reihen genommen sind, jetzt fast gestellt und durch diejenigen ersetzt sind, die sie 40 Jahre lang fast gestellt hatten. (Zuruf rechts: Kriegserfolg!) Würde man übrigens nach Billigkeitgründen die Regierungsbefreiung verweigern, so hätten die Konservativen schon auf mindestens ein halbes Jahrhundert Vorbehalt. (Große Heiterkeit.) Die Politik der Konservativen hat es unmöglich gemacht, sie in die Regierung aufzunehmen. Sie haben sich zu lange und hartnäckig dem entgegengestellt, was notwendig war, und gehören jetzt dahin, wohin sie sich nach der gestrigen Erklärung gern begeben wollten, in die Opposition. Es gibt Klare durchsichtige einfache Verhältnisse, wenn sie in dieser Opposition auch bleiben. (Sehr gut! links.) Wir haben es nicht anders erwartet, daß sie eine lokale Haltung in der Opposition bewahren werden, daß sie solidarisch mit allen an-

deren Parteien gegen jede Demütigung des Vaterlandes ihr Lehtes drängen werden. Es wird auch unsere Brüder draußen an der Front mit Begeisterung erfüllen, wenn sie wissen, daß sie in ihrem unendlich schweren Kampf das gesamte deutsche Volk ohne Unterbruch der Partei hinter sich haben. Etwas zu weit in dem Recht der Opposition auf Kritik ist der konservative Redner gestern bei seinem Eingehen auf die Note an Präsident Wilson gegangen. Seine Billigung der Note war nicht zu erwarten, sie hätte auch nur verwirrend gewirkt. Aber wir halten es überhaupt — das gilt auch für den Redner der äußersten Linken — für gefährlich, wenn die Parteien oder gar die Regierung sich jetzt in Auseinandersetzungen über den Inhalt und die Bedeutung dieser Note einlassen würden. Jeder liest dann soviel herein oder heraus, daß schließlich niemand mehr weiß, was drinsteht, unter den jetzigen Umständen auf die Begeisterung zu verzichten, den Beweis liefern zu können, daß man klüger und weiser war als die anderen. (Sehr gut.)

Noch ein Wort zu dem Antrag, daß dem Reichskanzler das Vertrauen des Reichstages bekräftigt werden soll. Es scheint, daß nun auch formell das parlamentarische System das erstmalig praktisch ins Leben gerufen werden soll. Wir in der Regierung haben diese Vertrauenshandlung nicht verlangt, sie ist uns aber selbstverständlich willkommen. Wir brauchen das Vertrauen der Mehrheit im Reichstag. Vielleicht leistet es nach innen und nach außen gute Dienste, wenn jetzt schon bekräftigt wird, daß dies Vertrauen vorhanden ist. Wir schauen mit gutem Gewissen dieser ersten Entscheidung des Reichstages entgegen. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Stübel (Pol.):

Abg. Graf Westarp sagte gestern, kein Fußbreit deutschen Bodens im Osten würde abgetreten werden. Wir wollen verlangen keinen deutschen Boden. Aber der Grundsatz muß gelten: wo der Deutsche Fuß gefaßt hat, da ist bereits deutscher Boden. Bezeichnend ist die Unbereitschaft zwischen dem Grafen Westarp und dem Abg. Haase in dieser Frage. Abg. Raumann verlangt, daß Zweideutigkeiten aufhören. Der Ansicht sind auch wir. Deshalb geben wir unsere bisherige Zurückhaltung auf. (Heiterkeit rechts.) Wir haben keinerlei Absicht, die nationalen Gefühle Deutschlands zu verletzen. Wir haben Verständnis für diese Gefühle, denn wir haben Jahrhunderte unter denselben Empfindungen leiden müssen. Die Morgenröte einer neuen Zeit bricht an. Wir erleben eine Umwertung der Werte. Die ungeheuren Menschenopfer sind nicht vergebens gebracht. Heute bricht es: Jedem sein Recht, sum cuique! Niemand wird gedemütigt werden, denn der Verzicht auf unrechtes Gut, der Sieg über sich selbst, ist keine Erniedrigung, sondern eine läuternde Tat. Ein Wohltäter der Menschheit, Präsident Wilson (Bravo! bei den Polen), läßt seine Stimme erklingen und verkündet für das Zusammenleben der Völker Grundsätze, die Gott selbst gegeben hat, die aber die Völker bisher mißachtet haben. Auch den unverjährbaren Rechten der Polen soll auf der internationalen Friedenskonferenz Genugtuung verschafft werden. Da regen sich Osimarkensverein und Altschlesien, um sich der ehelichen Ausführung der von Deutschland angenommenen Grundsätze entgegenzustellen. Das kann die Friedenverhandlungen nicht hindern. Jetzt beruft man sich auf die Statistik, die „öffentliche Dürne“. Der jetzige Zustand in den Ostmarken darf nicht maßgebend sein, sondern das, was war. Man müßte die Toten mitzählen lassen. (Lachen rechts.) Polen hat sich trotz seiner Aufstellung unter drei Reichs teils als ein einheitlicher Organismus gefühlt. Die Politik der preussischen Staatsraison rächt sich jetzt an ihrem Urheber. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Abg. Graf Polakowsky (D. Fr.):

Schwere Bedenken liegen gegen eine parlamentarische Regierung namentlich in einem Bundesstaat vor. Als Widerstandsparole werden mir alle Maßnahmen der Regierung zur Verteidigung und Wiederherstellung des Vaterlandes unterstützen. (Sehr richtig! rechts.)

Manche meinen, nach dem Kriege werde der frühere konstitutionelle Zustand wiederkehren. Das könnte nur geschehen, wenn ein wirtschaftlicher Niedergang unser Volk politisch ganz gleichgültig machte, was ich nicht hoffen will. Der Abg. Ebert wünschte gestern, es solle so schnell wie möglich mit dem Junkertum aufgeräumt werden, was versteht er denn eigentlich unter Junkertum? (Sehr gut! rechts.) Der Reichskanzler sagte gestern, wir müßten auch das Recht und das Glück fremder Völker in unseren nationalen Willen aufnehmen. Bei Recht stimme ich ihm zu, beim Glück nicht. Wie sollen wir das beim französischen Volk tun, das uns seit 200 Jahren mit geradezu sadistischem Saß verfocht, wie bei England, das sein gewaltiges Weltreich mit Hand und Gewalt zustande gebracht hat. Dieser Weltbürgergeist hat zu Anfang des vorigen Jahrhunderts die Schwäche und Hoffnungslosigkeit gezeigt, die zum Niederbruch von Vena geführt hat. (Zustimmung rechts, Zuruf links: Das autoritäre Regiment der Junker!)

Abg. Kiffin (Ul.):

Der Reichskanzler hat auf die Veränderungen in Elsaß-Lothringen hingewiesen. Wir hoffen es für unsere Gewissenspflicht, dem deutschen Volke die volle Wahrheit zu sagen, um seine trügerischen Hoffnungen aufkommen zu lassen. All das, was in Berlin und von der neuen Regierung in Straßburg nach dieser Richtung jetzt unternommen wird, wird in dem Stadium, in das nunmehr die elsaß-lothringische Frage eingetreten ist,

keine wesentliche Einwirkung auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen

mache ausüben können. (Hört, hört!) Der größte Teil des elsaß-lothringischen Volkes beansprucht das Recht selbst über sein politisches Schicksal zu entscheiden. Da müssen wir jetzt alles unterlassen, was der freien Willensäußerung des Volkes vorzuziehen könnte. Die vorgenannten Veränderungen scheinen aber eine solche Präjudizierung der freien Willensäußerung der Elsaß-Lothringer ein, daß sie jedenfalls geeignet sind, die öffentliche Meinung zu verwirren. Das uns von unseren Wählern übertrone Mandat, für einen selbständigen Bundesstaat Elsaß-Lothringen einzutreten, ist durch die Entwicklung dieser Frage überholt. Wenn der jetzige Schritt früher erfolgt wäre, so wäre er nicht nur imstande gewesen, bei und viel Anseh zu verdienen, sondern auch geeignet gewesen, das gräßliche Unglück, welches durch den Krieg über die Welt herein-gebrochen ist, mit zu verhindern. (Hört, hört!, Bewegung.)

Abg. Hansen (Dän.): Der Graf der Stunde fordert von uns eine klare und offene Sprache. Als Vertreter der dänischen Bevölkerung in Nordschleswig fordere ich im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit die Durchführung des 5. des Friedensvertrages von Prag vom 20. Dezember 1866, und damit bei dem bevorstehenden Friedensschluß die endgültige Lösung der nordschleswighischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung. Möge die neue Regierung bei dem Friedensschluß eine Politik des Rechts und der Gerechtigkeit und der Veröhnung auch gegenüber Dänemark und Skandinavien befolgen. Präsident Heubach illsagt Vertagung vor.

Abg. Graf Westarp (l. Soz.): Ich bitte zu verzeihen, bis die Regierung zu den heute gehörten Erklärungen der Polen, Dänen und Elsaßer Stellung genommen hat.
Abg. Ledebour (l. Soz.): Hierzu ist eine längere Vertagung doch nicht nötig.
Vizekanzler von Bayer: Die Regierung wird morgen bei Beginn der Sitzung ihre Erklärung über diese Kundgebungen abgeben.
Abg. Graf Westarp (l. Soz.): Auch das preussische Staatsministerium muß das tun. (Große Heiterkeit links.)

